

**3**

10. März 1997 · 17. Jahrgang,  
S. 54–79 · ISSN 1430–550X

**Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe**

## INHALT

### **GI Aktuell**

**Seite 54**

### **Anwaltshaftung**

Schenkung unter Eheleuten · Anfechtung, arglistige Täuschung, §§ 123, 124 BGB

Widerruf wegen groben Undanks, §§ 530, 532 BGB

Schadenersatz wegen sittenwidriger Schädigung, §§ 826, 852 BGB

(BGH, Urt.v. 24.10.1996 – IX ZR 4/96)

**Seite 55**

### **Notarhaftung**

Beratungsgerechtes Verhalten · Familienvertrag · Verwandtschaftliche Rücksichtnahme

Subsidiarität der Notarhaftung wegen Konkursverfahren

(BGH, Urt.v. 2.7.1996 – IX ZR 299/95)

**Seite 57**

### **Wiedereinsetzung**

Berufungsverfahren · Dritter Fristverlängerungsantrag

(BGH, Beschl.v. 4.7.1996 – VII ZB 14/96)

**Seite 60**

### **Schaden**

Privatgutachten · Vorteilsausgleich

Unterbrechung des Ursachenzusammenhangs durch Geschädigten

(BGH, Urt.v. 10.10.1996 – IX ZR 294/95)

**Seite 62**

### **Steuerberaterhaftung**

Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung · Steuersparende Alternativgestaltungen?

Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 14.3.1996 – 13 U 3/95)

**Seite 69**

### **Mittelverwendungskontrolle**

Dritthaftung · Ausreichende Sicherheiten · Verjährung, §§ 195 BGB, 68 StBerG

(OLG Köln, Urt.v. 21.3.1996 – 18 U 100/95)

**Seite 71**

### **GI Leitsätze**

**Seite 54, 77**



### **GI-Spezial**

**Steuerberaterhonorar 1980–1996  
auf CD-ROM**

## GI Aktuell

### Zur steuerlichen Berücksichtigung eines häuslichen Arbeitszimmers in einer allein dem anderen Ehegatten gehörenden Wohnung – Vorlagen an den Großen Senat des BFH

Der VI. Senat des Bundesfinanzhofs (BFH) hat den Großen Senat des BFH zur Klärung der einkommensteuerlichen Folgen in Fällen angerufen, in denen ein Arbeitnehmer in einem allein seinem Ehegatten gehörenden Haus (oder Eigentumswohnung) ein häusliches Arbeitszimmer für berufliche Zwecke unentgeltlich benutzt oder mitbenutzt (Vorlagebeschluß vom 22.11.1996 – VI R 77/95 und Vorlagebeschlüsse vom 25.11.1996 – VI R 8/90 und VI R 23/90).

Der Große Senat des BFH hatte mit Beschluß vom 30.1.1995 – GrS 4/92 (BFHE 176, 267, BStBl II 1995, 281) entschieden, daß ein Steuerpflichtiger von ihm getragene Herstellungskosten für den im Miteigentum (des Ehegatten) stehendes Wirtschaftsgut durch (ggf. auch erhöhte) Absetzungen für Abnutzung (AfA) steuerlich als Betriebsausgaben abziehen kann, wenn er das Wirtschaftsgut für seine betrieblichen Zwecke unentgeltlich nutzen darf. Da diese vom Großen Senat des BFH für Gewinneinkünfte aufgestellten Grundsätze auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit übertragbar sind, gelten sie auch für die auf ein häusliches Arbeitszimmer entfallenden AfA, das ein Arbeitnehmer für berufliche Zwecke in einem im Miteigentum des anderen Ehegatten stehenden Haus (oder Eigentumswohnung) unentgeltlich nutzt. In drei beim VI. Senat des BFH anhängigen Revisionsverfahren war nunmehr zu entscheiden, ob diese Grundsätze auch auf Fälle zu übertragen sind, in denen sich das unentgeltlich genutzte Arbeitszimmer in einem Haus befindet, das nicht im Miteigentum, sondern im **Alleineigentum** des anderen Ehegatten steht.

In einem der drei Fälle bewohnten die Eheleute in den Streitjahren ein allein dem Ehemann gehörendes Zweifamilienhaus, in dem die zweite Wohnung vermietet war. Die Ehefrau nutzte in der Wohnung der Eheleute unentgeltlich ein häusliches Arbeitszimmer für ihre berufliche Zwecke als Arbeitnehmerin. Sie hatte beim Erwerb des Hauses einen Teil der Anschaf-

fungs- oder Herstellungskosten getragen, der höher war als der auf das Arbeitszimmer entfallende Anteil.

In dem zweiten Fall hatten die Eheleute aus einem gemeinsamen Topf in einem Haus zwei nach Größe und Ausstattung gleiche Eigentumswohnungen erworben, und zwar eine zu alleinigem Eigentum des Ehemannes und eine zu alleinigem Eigentum der Ehefrau. Die der Ehefrau gehörende Wohnung wurde vermietet, die dem Ehemann gehörende Wohnung bewohnten die Eheleute selbst. In dieser dem Ehemann gehörenden Wohnung nutzte die Ehefrau unentgeltlich ein häusliches Arbeitszimmer für Zwecke ihrer Arbeitnehmertätigkeit.

Im dritten Fall bewohnten die Eheleute ein Einfamilienhaus, welches allein der Ehefrau gehörte. In dem Haus befand sich ein Arbeitszimmer, das von beiden als Lehrer tätigen Eheleuten genutzt wurde. Es war offen, ob sich der Ehemann an den Kosten des Hauses beteiligt hatte.

In diesen Fällen ging es darum, ob und ggf. zu welchem Anteil der Ehegatte, der nicht Eigentümer ist, die auf das Arbeitszimmer entfallende AfA als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit geltend machen kann oder ob die AfA insoweit bei den Eheleuten nicht abziehbar ist.

Die Vorlagen an den Großen Senat des BFH stützen sich auf grundsätzliche Bedeutung der Rechtsfragen. Dabei hat der VI. Senat des BFH auch die Frage der Abziehbarkeit des sog. **Drittaufwands** aufgeworfen.

Die Vorlagenbeschlüsse werden in Kürze veröffentlicht werden. (Pressemitteilung des BFH vom 13.2.1997)

## GI Leitsatz

### Empfangsvollmacht/Bekanntgabe eines Änderungsbescheides

Bevollmächtigt ein Steuerpflichtiger in seiner Steuererklärung einen Steuerberater zum Empfang des Steuerbescheides, so umfaßt diese Vollmacht auch die Bekanntgabe eines Änderungsbescheides.

(BFH, Urt. v. 29.5.1996 – 1 R 42/95, BFH/NV 1997, 1)

## Anwaltshaftung

- Schenkung unter Eheleuten
- Anfechtung, arglistige Täuschung, §§ 123, 124 BGB
- Widerruf wegen groben Undanks, §§ 530, 532 BGB
- Schadensersatz wegen sittenwidriger Schädigung, §§ 826, 852 BGB
- Mandatsübernahme  
(BGH, Urt. v. 24.10.1996 – IX ZR 4/96)

### Leitsatz:

**Wird einem Rechtsanwalt der Auftrag zu einem Zeitpunkt entzogen, in dem keine Nachteile durch alsbaldigen Fristablauf drohen, so ist er nicht verpflichtet, dem bisherigen Mandanten Ratschläge für die künftige Sachbehandlung zu erteilen.**

### Tatbestand:

Die Klägerin, die mit ihrem damaligen Ehemann Gütertrennung vereinbart hatte, übertrug diesem durch notariellen Vertrag vom 8.11.1990 „unentgeltlich“ das ihr gehörende Grundstück, auf dem sich die Wohnung der Familie befand. Der Ehemann, der dort auch einen Kioskbetrieb unterhielt, übernahm die Grundstücksbelastungen einschließlich eines Wohnrechts für den Vater der Klägerin. Am 21.1.1991 suchte diese den verklagten Rechtsanwalt auf, um sich von ihm beraten zu lassen. Nach ihrer Darstellung hatte sie nach der Übertragung des Grundstücks erfahren, daß ihr Ehemann – dies ist unstreitig – schon vorher außereheliche Beziehungen zu einer anderen Frau unterhielt und auch weiterhin fortsetzte; der frühere Ehemann der Klägerin ist inzwischen mit dieser Frau verheiratet. Der Beklagte führte bis Juli 1992 Verhandlungen mit dem Ehemann und dessen Anwälten mit dem Ziel einer einverständlichen Trennung der Eheleute, wobei zunächst eine Rückabwicklung des Grundstücksübertragungsvertrages gegen Zahlung eines Ausgleichsbetrages an den Ehemann angestrebt wurde, den dieser für Arbeits- und Geldleistungen zum Bau des Kiosks verlangte. Im September 1991 reichte der Beklagte für die Klä-

gerin einen Scheidungsantrag ein, der im Jahre 1994 zur rechtskräftigen Scheidung der Ehe führte.

Mit Schreiben vom 22.7.1992 entzog die Klägerin dem Beklagten das Mandat. Ihr neuer Bevollmächtigter widerrief ihrem Ehemann gegenüber durch Schreiben vom 20.1.1993 die von ihm in der Grundstücksübertragung gesehene Schenkung wegen groben Undanks und erhob anschließend Klage auf Rückübertragung des Grundstücks. Das Landgericht Oldenburg wies diese Klage durch rechtskräftig gewordenes Urteil vom 16.11.1993 mit der Begründung ab, die Widerrufsfrist sei nicht eingehalten.

Die Klägerin nimmt den Beklagten auf Ersatz des Schadens in Anspruch, der ihr dadurch entstanden sei, daß er sie weder auf die Möglichkeit des Widerrufs der Schenkung noch die dafür einzuhaltende Frist hingewiesen habe. Sie hat den Schaden einschließlich der Kosten des Vorprozesses und eines diesem vorgeschalteten Verfahrens auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung mit 260.503,82 DM beziffert. Das Landgericht hat die Klage dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt; die Berufung des Beklagten ist zurückgewiesen worden. Mit der Revision verfolgt dieser seinen Klageabweisungsantrag weiter.

Die Revision ist begründet. Sie führt zur Abweisung der Klage.

### Aus den Gründen:

1. Das vom Landgericht erlassene Grundurteil ist nicht, wie die Revisonerwiderung meint, verfahrensfehlerhaft ergangen, weil die Höhe der Klageforderung nicht streitig gewesen wäre. Ausweislich des Tatbestands des Berufungsurteils hat der Beklagte die Höhe des geltend gemachten Schadens bestritten. Ein Tatbestandsberichtigungsantrag ist nicht gestellt.

2. Die Klage ist unbegründet, weil der Beklagte seine Pflichten aus dem Anwaltsvertrag nicht verletzt hat.

Es kommt hier nicht darauf an, ob, wie das Berufungsgericht angenommen hat, die Klägerin nach § 530 BGB berechtigt war, den Grundstücksübertragungsvertrag – innerhalb der Frist des § 532 BGB – wegen groben Undanks zu

widerrufen. Das war nicht der Fall, wenn es sich, wie der Beklagte geltend macht, trotz der im Vertrag vom 8.11.1990 enthaltenen Bezeichnung der Übertragung als „unentgeltlich“ um eine sog. ehebezogene Zuwendung handelte, für die das Schenkungsrecht nicht gilt (vgl. BGHZ 87, 145, 146; 116, 167, 170; 127, 48, 52; BGH, Urt. v. 2.10.1991 - XII ZR 132/90, NJW 1992, 238, 239); auf dem Grundstück befand sich nicht nur die Familienwohnung, sondern auch der nach der damaligen Darstellung des Ehemannes der Klägerin durch seine Arbeit und mit seinem Geld entstandene Kiosk.

Die Klägerin war aber auf der Grundlage der vom Berufungsgericht getroffenen tatsächlichen Feststellungen jedenfalls berechtigt, den Vertrag wegen arglistiger Täuschung nach § 123 BGB anzufechten. Dies hätte nach § 124 BGB binnen eines Jahres geschehen müssen, nachdem die Klägerin von den Beziehungen ihres damaligen Ehemannes zu der anderen Frau erfahren hatte.

**Der Beklagte war gleichwohl nicht gehalten, die Klägerin rechtzeitig zu einer Entscheidung darüber zu veranlassen, ob sie von ihrem Anfechtungsrecht Gebrauch machen wollte.** Allerdings durfte der Beklagte – darin hat das Berufungsgericht recht – bei dem Bestreben nach einer einvernehmlichen Lösung nicht die rechtlichen Schritte versäumen, die für den Fall des schließlich tatsächlich eingetretenen Scheiterns jener Bemühungen zur Sicherung der Rechtsposition der Klägerin erforderlich waren. Dazu bedurfte es aber entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts weder des Widerrufs nach § 530 BGB noch der Anfechtung wegen arglistiger Täuschung.

Der Vertrag war zwar nicht, wie die Revision geltend macht, auch ohne Anfechtung (§ 142 BGB) nach § 138 BGB wegen Sittenwidrigkeit nichtig. Denn § 123 BGB enthält eine Sonderregelung gegenüber § 138 BGB (Senatsurt. v. 23.2.1995 - IX ZR 29/94, NJW 1995, 1425, 1428 m.w.N.), und Umstände, die über den die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung rechtfertigenden Tatbestand hinausgingen, lagen nicht vor. Die von der Revision angeführten Besonderheiten (Übertragung des Familienwohnhauses, in dem auch die drei Kinder der Eheleute wohnten und an dem der Vater der Klägerin ein Wohnrecht

hatte) erhalten ihr „sittenwidriges Gepräge“ nur dadurch, daß der Ehemann verschwiegen hatte, daß er Beziehungen zu einer anderen Frau aufgenommen hatte und auf Dauer aus der Ehe ausbrechen wollte. Das gab dem Vertrag nicht über den Anfechtungsgrund hinaus einen sittenwidrigen Gesamtcharakter (vgl. Senatsurt. v. 7.6.1988 - IX ZR 245/86, NJW 1988, 2599, 2601).

**Nach seit langem gefestigter höchstrichterlicher Rechtsprechung begründet jedoch der Tatbestand einer arglistigen Täuschung außer der Anfechtungsmöglichkeit sowohl einen Schadensersatzanspruch nach § 826 BGB als auch einen solchen wegen Verschuldens bei Vertragsschluß.** Diese Ansprüche geben dem Getäuschten das Recht, Befreiung von der eingegangenen Verbindlichkeit zu verlangen, ohne daß es dazu der Ausübung eines Gestaltungsrechts bedarf (RGZ 103, 154, 159; BGHZ 42, 37, 42; BGH, Urt. v. 31.1.1962 - VIII ZR 120/60, NJW 1962, 1196, 1198; v. 27.2.1974 - V ZR 85/72, NJW 1974, 849, 851 f; v. 21.6.1974 - V ZR 15/73, NJW 1974, 1505, 1506; v. 16.1.1985 - VIII ZR 317/83, NJW 1985, 1769, 1771; v. 24.5.1993 - II ZR 136/92, NJW 1993, 2107).

Für die Geltendmachung eines solchen Anspruchs gilt nicht die Frist des § 124 BGB, sondern die Verjährungsfrist nach § 852 Abs. 1 BGB, soweit es um eine sittenwidrige Schädigung geht, und diejenige nach § 195 BGB unter dem Gesichtspunkt des Verschuldens bei Vertragsschluß (BGH, Urt. v. 11.5.1979 - V ZR 75/78, NJW 1979, 1983, 1984, v. 22.2.1984 - IVa ZR 63/82, NJW 1984, 2814, 2815).

**Der Schadensersatzanspruch auf Befreiung von der Vertragspflicht führt wirtschaftlich zum gleichen Ergebnis wie die Anfechtung** (MünchKomm-BGB/Kramer, 3. Aufl., § 123 Rdn. 30; vgl. auch MünchKomm-BGB/Emmerich 3. Aufl., vor § 275 Rdn. 94, 96 m.w.N.; Grunsky, ZIP 1990, 966, 967). Danach bestand keine Notwendigkeit, den Grundstücksübertragungsvertrag innerhalb der Fristen der §§ 124, 532 BGB anzufechten oder zu widerrufen. Der Rechtsanwalt ist zwar verpflichtet, bei der Verfolgung der Ziele seines Mandanten den rechtlich sichersten Weg einzuschlagen. Auf der Grundlage jener langjährigen Rechtsprechung war es aber gegenüber einer Anfechtung mit keinem

zusätzlichen Risiko verbunden, im Bedarfsfall gegen den Ehemann der Klägerin die zum selben Ziel, nämlich zur Rückübertragung des Grundstücks führenden, an keine weitergehenden Voraussetzungen geknüpften Schadensersatzansprüche nach § 826 BGB und wegen Verschuldens bei Vertragsschluß geltend zu machen, zumal sich die Klägerin auf diesem Wege nicht vor einem Scheitern der Vergleichsverhandlungen durch eine Gestaltungserklärung festzulegen brauchte.

**Der Beklagte war nicht verpflichtet, der Möglichkeit, daß im Fall einer Mandatsbeendigung ein später beauftragter Anwalt und das Prozeßgericht diese nach der Rechtsprechung gegebenen Anspruchsmöglichkeiten übersehen könnten, dadurch vorzubeugen, daß er vorsorglich die fristgebundenen Gestaltungsrechte der Anfechtung und des Schenkungswiderrufs ausübte.** Wird einem Rechtsanwalt der **Auftrag zu einem Zeitpunkt entzogen, in dem keine Nachteile durch alsbaldigen Fristablauf drohen**, so ist er auch nicht verpflichtet, dem bisherigen Mandanten Ratschläge für die künftige Sachbehandlung zu erteilen.

## Notarhaftung

- Beratungsgerechtes Verhalten
- Familienvertrag
- Verwandtschaftliche Rücksichtnahme
- Subsidiarität der Notarhaftung wegen Konkursverfahren

(BGH, Urt. v. 2.7.1996 – IX ZR 299/95)

### Leitsätze:

**1. Die Vermutung beratungsgerechten Verhaltens gilt auch bei Verträgen zwischen Familienangehörigen. Sie ist erst erschüttert, wenn tatsächliche Umstände festgestellt sind, aus denen sich die ernsthafte Möglichkeit ergibt, daß die Vertragsteile sich bei Vereinbarung der konkret nachteiligen Klausel wesentlich auch von verwandtschaftlicher Rücksichtnahme haben leiten lassen.**

**2. Die Aussicht, daß aus einer Konkursmasse irgendwann nach Erhebung der Regreßklage gegen den Notar eine Quote von ungewisser Höhe gezahlt werden kann, stellt regelmäßig keine anderweitige Ersatzmöglichkeit dar.**

### Zum Sachverhalt:

Der beklagte Notar beurkundete am 11.8.1987 einen Erbauseinandersetzungsvertrag, durch den die Klägerin und zwei ihrer Söhne Miteigentumsanteile an verschiedenen Eigentumswohnungen für 230.000 DM an einen dritten Sohn, H.S., übertrugen. Leistungen von 100 000 DM, die dieser zuvor an die Verkäufer erbracht hatte, wurden angerechnet. Ein der Klägerin gebührender Restbetrag des Kaufpreises in Höhe von mindestens 85.000 DM zuzüglich 6% Jahreszinsen sollte in monatlichen Raten von 500 DM an die Klägerin gezahlt werden. Die Veräußerer erklärten die Auflassung ihrer Eigentumsanteile und bewilligten die Umschreibung im Grundbuch.

Am 26.8.1987 ließ der Erwerber eine Grundschuld von 220.000 DM zugunsten eines Kreditinstituts eintragen. Nachdem er mit der Zahlung der Kaufpreistraten in Rückstand geraten war, bewilligte er der Klägerin im Jahre 1990 eine weitere Grundschuld von 70.000 DM. 1993 fiel der Erwerber in Konkurs. Aus der Verwertung der Eigentumswohnung erhielt die Klägerin 2.000 DM auf ihre Grundschuld.

Die Klägerin verlangt vom Beklagten 68.000 DM Schadensersatz, weil er sie bei der Vertragsbeurkundung nicht auf die Möglichkeit einer grundbuchlichen Absicherung hingewiesen hat. LG Osnabrück und OLG Oldenburg haben die Klage abgewiesen. Die Revision der Klägerin führte zur Aufhebung des OLG-Urteils und Zurückverweisung an das OLG.

### Aus den Gründen:

I. ....

II. 1. Nach dem unstreitigen Parteivortrag hat der Beklagte seine Belehrungspflicht verletzt.

**Soll eine ungesicherte Vorleistung**, die als solche nicht ohne weiteres erkennbar ist, **ver-**

**einbart werden, so muß der Notar** gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG **über die Folgen belehren**, die im Falle der Leistungsunfähigkeit des durch die Vorleistung Begünstigten eintreten werden, und Wege aufzeigen, wie dieses Risiko vermieden werden kann (BGH, Urt. v. 29.10.1987 – IX ZR 181/86, DB 1988, 333 = WM 1988, 337, 340; v. 6.10.1988 – IX ZR 142/87, DB 1989, 476 = WM 1988, 1752, 1754; v. 21.3.1989 – IX ZR 155/88, DB 1989, 1463 = WM 1989, 822, 824; v. 27.10.1994 – IX ZR 12/94, DB 1995, 321 = NJW 1995, 330, 331; Hill, WM 1982, 890, 892 m.w.N.; Ganter, WM 1993, Sonderheft 1, 5 f und WM 1996, 701, 704). **Das gilt regelmäßig auch bei den üblichen entgeltlichen Verkehrsgeschäften zwischen nahen Familienangehörigen.** Ohne besondere Umstände hat der Notar keinen Anlaß für die Annahme, Angehörige wollten einen Vertrag allein wegen ihrer Verwandtschaft unter Abweichung von den normalen Sicherungsvorkehrungen beurkunden lassen.

Im vorliegenden Falle hat die Klägerin ihren eigenen Miteigentumsanteil an ihren Sohn H.S. übertragen, während der Kaufpreis in monatlichen Raten entrichtet werden sollte, die eine mehr als zehnjährige vertragsgerechte Zahlung erforderten. Der im Falle der Insolvenz des Käufers drohende endgültige Verlust war für einen rechtlichen Laien nicht ohne weiteres erkennbar. Allein ein Kreditbedarf eines erwerbenden Sohnes berechtigte den Beklagten nicht zu der Annahme, die Klägerin wolle das Eigentum ihrem Sohn notfalls auch unter Verlust der Gegenleistung, also teilweise unentgeltlich, überlassen. Im Gegenteil hängt von der Grundstücksübertragung an Kinder sogar häufig die Alterssicherung der veräußernden Eltern ab. Daß die Klägerin, eine Hausfrau, die von einer ungesicherten Vorleistung ausgehende Gefahr etwa selbst erkannt hätte, behauptet der Beklagte nicht.

2. Die Belehrungspflicht oblag dem Beklagten jedenfalls gegenüber der Klägerin als Urkundsbeteiligter. Durch die unterlassene Belehrung hat er eine ihr gegenüber obliegende Amtspflicht verletzt (§ 19 Abs. 1 Satz 1 BNotO). Seine Unterlassung war fahrlässig, weil der Notar seine Dienstpflichten kennen und einhalten muß.

3. a).....

b) **Schuldet der Notar einen bestimmten Rat oder eine bestimmte Warnung, so spricht eine Anscheinsvermutung dafür, daß die Beteiligten dem gefolgt wären** (BGH, Urt. v. 23.5.1960 – III ZR 110/59, DB 1960, 1183 = DNotZ 1961, 162, 163; v. 12.7.1968 – VI ZR 91/66, DB 196, 1755 = DNotZ 1969, 173, 177; v. 19.12.1991 – IX ZR 8/91, WM 1992, 527, 528; v. 27.10.1994 – IX ZR 12/94, DB 1995, 321 = NJW 1995, 330, 332 m.w.N.). Dem Notar bleibt es überlassen, diesen Zusammenhang zu erschüttern. Auch das ist im Berufungsurteil nicht berücksichtigt. Das Berufungsgericht geht von einer Behauptung der Klägerin aus, daß sie den Vertrag bei der vom Beklagten geschuldeten Belehrung nicht abgeschlossen hätte. Wenn es die Klägerin insoweit für beweisfällig gehalten hat, beruht das auf einem Rechtsfehler.

**Im vorliegenden Falle hatte der Beklagte die wirtschaftliche Gefahr aufzuzeigen, die aus Rechtsgründen mit der ungesicherten Vorleistung verbunden war**, welche die Klägerin auf sich nehmen wollte. Eine vernünftige Partei beachtet eine solche Warnung und schließt den Vertrag nicht in dieser Form. Allein der Umstand, daß die Verkäuferin die Mutter des Käufers ist, genügt nicht, um die aufgezeigte Lebenserfahrung zu erschüttern. Das Berufungsgericht zeigt **keine Lebenserfahrung dahin auf, daß Familienangehörige in eigenen wirtschaftlichen Angelegenheiten regelmäßig unvernünftig handeln.** Als Anhaltspunkt ist es auch belanglos, daß die Klägerin überhaupt bereit war, dem Erwerber langfristige Ratenzahlungen einzuräumen; deswegen mußte sie erst recht um eine Sicherstellung bemüht sein.

**Allerdings reicht es zur Erschütterung des Anscheinsbeweises regelmäßig aus, wenn zusätzliche Umstände festgestellt werden, aus denen sich die ernsthafte Möglichkeit ergibt, daß sich bei dem Rechtsgeschäft entscheidend auch familiäre Rücksichtnahmen ausgewirkt haben** (vgl. dazu BGH, Urt. v. 26.11.1953 – III ZR 98/52, DB 1954, 104 = DNotZ 1964, 319, 323). Dafür genügt nicht schon ein solcher Einfluß auf die Vertragsbereitschaft überhaupt. Vielmehr **muß manches dafür sprechen, daß sich die Rücksichtnahme gerade auch auf die konkret nachteilige Ver-**



**tragsgestaltung ausgewirkt hat.** Das käme hier etwa in Betracht, wenn der Sohn einen dringenden Geldbedarf gehabt hätte und eine Bereitschaft der Klägerin als Mutter feststünde, ihm notfalls auf eigene Kosten zu helfen. Das Vorliegen solcher Anhaltspunkte hat aber der Schädiger zu beweisen; erst dann entfällt die Anscheinsvermutung für den Ursachenzusammenhang.

Die Umstände, auf welche die Revisionserwiderung sich stützt, genügen allein nicht zur Erschütterung der Anscheinsvermutung. Nach § 2 Abs. 2a des notariellen Kaufvertrages hatte der Käufer an seine Mutter – die Klägerin – und seine zwei Geschwister insgesamt bereits 100.000 DM bezahlt. Da dies im Rahmen einer **Erbauseinandersetzung** erfolgte, **rechtfertigt es nicht den Schluß, die Klägerin sei ihrerseits zu ungesicherten Vorleistungen bereit gewesen.** Ferner ist es in dieser Hinsicht bedeutungslos, daß die Klägerin nach der Einstellung der Kaufpreiszahlungen durch ihren Sohn nicht zwangsweise gegen ihn vorging und ihn damit nicht möglicherweise früher in den Konkurs trieb.

III. 1. **Die Subsidiarität der Notarhaftung** steht der Klage aufgrund des gegenwärtigen Sach- und Streitstandes nicht entgegen.

a) Zwar kann der Notar, dem nur Fahrlässigkeit zur Last fällt, wegen eines Belehrungsfehlers gemäß § 119 Abs. 1 Satz 2 BNotO nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Verletzte nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag. Als anderweitige Ersatzmöglichkeiten kommen auch Ansprüche gegen den durch die Amtspflichtverletzung begünstigten Vertragspartner in Betracht (**Senatsurt. v. 11.3.1993 – IX ZR 202/91, WM 1993, 1193 f; Haug, Die Amtshaftung des Notars, Rdn. 190**). Eine solche Ersatzforderung muß aber wirtschaftlich zu verwirklichen sein; rein theoretische Möglichkeiten eines anderweitigen Ersatzes stehen der Regreßklage wegen eines Notarfehlers nicht entgegen (*BGH-Urt. v. 6.10.1994 – III ZR 134/93, WM 1995, 64, 68*).

**Wird das Konkursverfahren über das Vermögen des anderweitig Verpflichteten eröffnet, so entfällt die gegen ihn gerichtete Ersatzmöglichkeit** (vgl. *RG, HRR 1934 Nr. 865; DNotZ*

*1940, S. 40 Nr. 3; BGH, Urt. v. 7.1.1966 – VI ZR 174/64, DB 1966, = VersR 1966, 361, 363*). Die theoretische Möglichkeit, daß der Erwerber im Verlauf des Haftpflichtprozesses oder danach so viel verlangen kann, daß er auch seine Alt-schulden voll zu bezahlen vermag (§ 164 Abs. 1 KO), hindert eine Verurteilung des Notars nicht. Vielmehr **bleibt dem Notar für eine solche Fallgestaltung das Recht erhalten, nach § 255 BGB vom Geschädigten die Abtretung der Ersatzansprüche gegen den Dritten zu verlangen**; dieser Möglichkeit hatte die Klägerin im vorliegenden Falle bereits durch ihren ersten Hilfsantrag vorbeugend Rechnung getragen, indem sie die Verurteilung des Beklagten zur Zahlung nur Zug um Zug gegen Abtretung aller ihrer Ansprüche gegenüber dem Konkursverwalter beantragte.

Das an die Klägerin gerichtete Schreiben des Konkursverwalters vom 9.8.1994 änderte daran nichts. Hiernach können zwar Konkursgläubiger mit einer Auszahlungsquote rechnen; deren genaue Höhe kann jedoch noch nicht abgeschätzt werden, weil sie unter anderem von der Verwertung weiteren Vermögens des Gemeinschuldners abhängt. Es mag schon zweifelhaft sein, ob diese künftige Aussicht überhaupt im laufenden Regreßprozeß berücksichtigt werden darf oder ob es hierfür statt dessen allein auf den Zeitpunkt der Klageerhebung ankommt (*zum Meinungsstand vgl. Ganter, WM 1996, 701, 708*).

Diese Frage braucht hier letztlich nicht entschieden zu werden. Denn jedenfalls **muß sich ein vom Notar Geschädigter nicht auf ungewisse künftige Erlöserwartungen verweisen lassen** (vgl. *BGH, Urt. v. 20.12.1962 – III ZR 205/61, VersR 1963, 339, 341; v. 22.11.1966 – VI ZR 49/65, WM 1996, 1329, 1331*).

b) Die Klägerin hat auch nicht vorprozessual eine anderweitige Ersatzmöglichkeit versäumt. Zwar würde es ihr im vorliegenden Zusammenhang bereits schaden, wenn sie in der Vergangenheit in zumutbarer Weise weitergehende Beträge auf ihren Kaufpreisanspruch hätte erlangen können (vgl. *BGH, Urt. v. 22.10.1987 – IX ZR 175/86, WM 1987, 1516, 1518; v. 22.6.1995 – IX ZR 122/94, DB 1995, 2110 = WM 1995, 1883 f*). Konkret bestehen aber keine Anhaltspunkte dafür, daß die Klägerin von ihrem Sohn noch

Zahlungen hätte beitreiben können, nachdem er die vereinbarten Ratenzahlungen zum Jahresende 1989 einstellte. Gelder, um deren Erlangung eine Partei erst längere und schwierige Prozesse führen muß, sind keine Ersatzmöglichkeit, auf die sich ein durch Amtspflichtverletzung Geschädigter verweisen lassen muß (BGH, Urt. v. 20.12.1962 – III ZR 205/61, VersR 1963, 339, 341). Das gilt erst recht, wenn der wirtschaftliche Nutzen derartiger Prozesse sehr zweifelhaft ist. Damit entfällt zugleich der Mitverschuldensvorwurf (§ 254 Abs. 2 BGB) des Beklagten.

## Wiedereinsetzung

- Berufungsverfahren
- Dritter Fristverlängerungsantrag  
(BGH, Beschl. v. 4.7.1996 – VII ZB 14/96)

### Leitsatz:

**Der Anwalt, der eine dritte Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist mit dem Hinweis auf eine fehlende Information von seiner plötzlich schwer erkrankten Partei begehrt, kann jedenfalls dann nicht mit großer Wahrscheinlichkeit mit einer Bewilligung rechnen, wenn weder dem Antrag noch den Prozeßakten ein Anhaltspunkt dafür zu entnehmen ist, er sei auf eine Information angewiesen.**

### Aus den Gründen:

I. Das Landgericht hat den Beklagten zur Zahlung restlichen Werklohns von 13.224,21 DM verurteilt. Hiergegen hat der Beklagte am 29.5.1995 Berufung eingelegt. Die Frist zur Berufungsbegründung ist auf den Antrag seines Prozeßbevollmächtigten wegen dessen Arbeitsüberlastung zunächst um einen Monat und auf weiteren Antrag wegen Erkrankung des Korrespondenzanwaltes erneut bis zum 16.10.1995 verlängert worden. Mit Telefax vom 16.10.1995 hat der Prozeßbevollmächtigte um nochmalige

Fristverlängerung „bis zum (soweit möglich) 15.1.1996“ gebeten und zur Begründung ausgeführt, der Beklagte sei ausweislich eines vorgelegten Attestes für die nächsten 10 bis 12 Wochen derart erkrankt, daß er keine Information erteilen könne; diese sei aber notwendig, um die Berufungsbegründung ordentlich zu bearbeiten.

Die Senatsvorsitzende hat den Antrag abgelehnt, da die Klägerin nicht zugestimmt habe und angesichts der Gepflogenheit, die Termine nach der Reihenfolge des Eingangs der Berufungsbegründungen zu disponieren, durch die beantragte weitgehende Verlängerung eine erhebliche Verzögerung der Erledigung zu erwarten sei.

In seinem fristgerecht eingegangenen Antrag auf Wiedereinsetzung hat der Beklagte ausgeführt, sein Prozeßbevollmächtigter habe angesichts der geschilderten Umstände davon ausgehen dürfen, dem Antrag vom 16.10.1995 werde stattgegeben, zumal er nur eine Fristverlängerung soweit möglich begehrt habe; zugleich hat er die Berufung begründet.

Das Kammergericht hat dem Beklagten die Wiedereinsetzung durch Beschluß vom 20.2.1996 versagt und ausgeführt, der Prozeßbevollmächtigte habe die Begründungsfrist nicht schuldlos versäumt. Zwar könne die Erkrankung der Partei und eine hierdurch bedingte fehlende Information des Prozeßbevollmächtigten einen erheblichen Grund für die begehrte dritte Verlängerung darstellen. Dies hätte jedoch vorausgesetzt, daß der Prozeßbevollmächtigte für die Fertigung der Berufungsbegründungsschrift auf die fehlende Information überhaupt angewiesen gewesen sei oder sie von anderer Seite nicht habe erlangen können; beides sei nicht ausreichend dargelegt.

Hiergegen richtet sich die form- und fristgerecht eingelegte sofortige Beschwerde des Beklagten.

II. Das Rechtsmittel des Beklagten hat keinen Erfolg.

**Die Wiedereinsetzung setzt gemäß § 233 ZPO voraus, daß die Partei ohne eigenes Verschulden oder ihr zurechenbares Verschulden ihres Prozeßbevollmächtigten (§ 85 Abs.**



**2 ZPO) verhindert war, die versäumte Frist einzuhalten.** Dies ist hier nicht der Fall. Die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist beruht auf einem vorwerfbaren Verschulden des Prozeßbevollmächtigten des Beklagten.

Das Berufungsgericht stellt zutreffend darauf ab, daß der **Rechtsmittelführer generell mit dem Risiko belastet ist, daß der Vorsitzende des Rechtsmittelgerichts in Ausübung seines pflichtgemäßen Ermessens eine beantragte Verlängerung der Rechtsmittelbegründungsfrist versagt**; demgemäß kann der Rechtsmittelführer im Wiedereinsetzungsverfahren grundsätzlich nicht mit Erfolg geltend machen, er habe mit der Fristverlängerung rechnen dürfen (*ständige Rechtsprechung des BGH; vgl. Senatsbeschl. v. 14.2.1991 – VII ZB 8/90, NJW 1991, 1359*). **Etwas anderes gilt nur, wenn mit großer Wahrscheinlichkeit mit der Bewilligung der Fristverlängerung gerechnet werden konnte.** Dabei kann nach der Rechtsprechung des BGH ein Anwalt regelmäßig **erwarten, daß seinem ersten Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist entsprochen wird**, wenn einer der Gründe des § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO vorgebracht wird (*vgl. Senatsbeschl. v. 14.2.1991 – VII ZB 8/90, a.a.O.*). Ein derartiger Ausnahmefall liegt hier nicht vor.

Ob die genannte Rechtsprechung, wie das Berufungsgericht meint, **auch bei einem zweiten oder weiteren Antrag gilt, ist höchststrichlich bisher** – soweit ersichtlich – **nicht entschieden.** Die Frage kann hier offenbleiben. Der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten durfte unter den gegebenen Umständen nicht darauf vertrauen, die beantragte dritte Fristverlängerung werde mit großer Wahrscheinlichkeit bewilligt.

Die Klägerin, deren Interesse an einer zügigen Fortsetzung und Beendigung des Prozesses durch jede Fristverlängerung in zunehmendem Maße an Gewicht gewinnt, hatte sich zudem vom Prozeßbevollmächtigten des Beklagten mit Schreiben vom 9.10.1995 erbetenen Zustimmung zur erneuten Fristverlängerung nicht erklärt. Der Prozeßbevollmächtigte hatte eine **dreimonatige und damit ungewöhnlich lange Fristverlängerung beantragt.** Sein Hinweis, gegebenenfalls möge eine kürzere Verlängerung bewilligt werden, machte angesichts der

attestierten Dauer der Erkrankung des Beklagten keinen Sinn. Des weiteren war **aus dem Antrag auf Fristverlängerung und aus den Prozeßakten nicht ersichtlich, aus welchen Gründen der Prozeßbevollmächtigte auf eine Informationserteilung des Beklagten angewiesen war, um die Berufung fristgerecht begründen zu können.**

Die Parteien hatten sich im ersten Rechtszug im Kern um die Frage gestritten, welcher Aufwand zur Beseitigung von Bohrlöchern an Fassadenplatten des Hotels des Beklagten notwendig war und ob sich der Beklagte mit der preiswerteren Lösung begnügen mußte. Nach Eingang des insgesamt nur zwei Seiten umfassenden Gutachtens hatte sich der Beklagte dazu schriftsätzlich nicht mehr geäußert. Da Indizien erkennbar nicht im Streit waren, lag es nahe, daß in der Berufungsinstantz ausschließlich um die Frage der wirtschaftlich vernünftigsten Lösung zur Schadenbeseitigung auf der Grundlage des Gutachtens gestritten werden sollte.

Vor diesem Hintergrund mußte der Prozeßbevollmächtigte des Beklagten in seinem Antrag auf Fristverlängerung jedenfalls etwas zu den Gründen ausführen, aus denen er zur Begründung der Berufung noch auf eine Information seiner Partei angewiesen war. **Wenn er davon absah, den wichtigen Grund i.S.d. § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO schlüssig darzulegen, so durfte er nicht darauf vertrauen, die Vorsitzende werde eine weitere Fristverlängerung bewilligen.** Diese Erwartung konnte er auch nicht aus dem Hinweis in der zweiten Fristverlängerung entnehmen, eine weitere Verlängerung könne nur nach Anhörung der Klägerin bewilligt werden. Diese Formulierung entspricht dem Wortlaut des § 225 Abs. 2 ZPO und verdeutlicht lediglich, daß bei wiederholten Fristverlängerungen stets die Interessen des Prozeßgegners zu berücksichtigen sind.

## Schaden

- Privatgutachten
- Vorteilsausgleich
- Unterbrechung des Ursachenzusammenhangs durch Geschädigten

(BGH, Urt. v. 10.10.1996 – IX ZR 294/95)

### Leitsätze:

**1. Die Kosten eines überflüssigen Privatgutachtens hat der wegen fehlerhafter Beratung in Anspruch genommene Anwalt dem Mandanten nach den Grundsätzen der Vorteilsausgleichung dann nicht zu ersetzen, wenn der Mandant bei ordnungsgemäßer Beratung Kosten in gleicher Höhe für ein anderes Gutachten hätte aufwenden müssen, die er nunmehr einspart, weil es sich im Regreßprozeß – und nur hier – um Prozeßkosten handelt.**

**2. Zur Unterbrechung des Ursachenzusammenhangs durch Handlungen des Geschädigten und zum Schutzbereich der verletzten Anwaltpflicht bei mitwirkenden gerichtlichen Fehlern .**

### Tatbestand:

Der Kläger nimmt die Beklagten, in einer Sozietät verbundene Rechtsanwälte, wegen Verletzung anwaltlicher Pflichten auf Schadensersatz in Anspruch.

Der im Jahre 1987 verstorbene Vater des Klägers, J.S., wurde zu gleichen Teilen beerbt von seinen Kindern – dem Kläger, der Schwester H.G. und dem Bruder S.S. Der Nachlaß bestand im wesentlichen aus einem landwirtschaftlichen Anwesen. S.S. schied 1988 aus dem Leben. Erben wurden seine Witwe C.S. (Schwägerin des Klägers) zu 3/4 sowie die Geschwister, der Kläger und H.O., zu je 1/8. Die Schwägerin drängte auf eine Erbauseinandersetzung mit dem Ziel, gegen finanzielle Abfindung aus der Erbengemeinschaft auszuscheiden. Der Kläger und seine Schwester beauftragten daraufhin die Beklagten mit der Wahrnehmung ihrer Interessen. Bearbeitet wurde die Sache von dem Beklagten zu 1).

Als Grundlage der Erbauseinandersetzung wurde ein Verkehrswertgutachten eingeholt. An den dadurch entstandenen Kosten beteiligte sich der Kläger in Höhe von 3.373,26 DM. Laut Gutachten belief sich der Verkehrswert der Hofstelle auf 2,35 Mio. DM. Als der Kläger darauf hinwies, bei den sich daraus ergebenden Abfindungsbeträgen müsse der Hof verkauft werden, erklärte der Beklagte zu 1), eine Auseinandersetzung auf der Basis des Verkehrswertes sei unumgänglich. Gegenüber dem anwaltlichen Vertreter von C.S. anerkannte er das erstellte Gutachten als Grundlage für die Auseinandersetzung.

Als die Sache keinen Fortgang nahm, betrieb die Schwägerin die Teilungsversteigerung der landwirtschaftlichen Grundstücke. Daraufhin beantragte der Kläger – nach Beratung durch den Bauernverband und ohne anwaltliche Vertretung – beim Amtsgericht (Landwirtschaftsgericht), ihm den Hof gemäß §§ 13 ff GrdstVG zuzuweisen. Im Termin am 22.5.1990 belehrte der Vorsitzende des Landwirtschaftsgerichts die Beteiligten dahin, in ihrem Falle sei die Abfindung nicht, wie im Grundstücksverkehrsgesetz vorgesehen, nach dem Ertragswert zu berechnen, sondern nach dem (höheren) Verkehrswert, weil sich die Beteiligten für die Auseinandersetzung offensichtlich darauf geeinigt hätten. Diese Einigung wirke auch im Zuweisungsverfahren.

Daraufhin schlossen der Kläger, seine Schwester und die Schwägerin einen Vergleich. Darin wurde der Hof an den Kläger zu Alleineigentum übertragen. Der Kläger verpflichtete sich, an die Schwägerin eine Abfindung in Höhe von 200.000 DM zu zahlen. Als weitere Abfindung trat er „seine Schadensersatzansprüche“ gegen die Beklagten in Höhe von 300.000 DM an die Schwägerin ab. Weiter heißt es unter Ziffer 3 des Vergleichs:

„Die Beteiligten F.S. und H.G. sind sich grundsätzlich über eine Abfindung einig. Die Art und Höhe der Abfindung wird noch zwischen den beiden Beteiligten vereinbart.“

Ziffer 10 des Vergleichs lautet:

„Mit dem Vergleich sind alle Ansprüche zwischen den Beteiligten aus den Erbauseinandersetzungen bezüglich J. und S.S. erledigt.“

Ausgenommen davon ist die Abfindungsregelung zwischen den Beteiligten F.S. und H.G.“

Der Kläger hat an die Schwägerin die Vergleichssumme bezahlt. Angeblich sieht er sich nunmehr auch Abfindungsansprüchen der Schwester H.G. ausgesetzt. Nachdem das Landgericht die Beklagten zur Freistellung des Klägers verurteilt hatte, verlangte dieser – unter Abzug der Beträge, die der Schwägerin und der Schwester bei Zugrundelegung des Ertragswerts zugeflossen wären (43.750 DM bzw. 65.625 DM) – Ersatz der darüber hinaus an die Schwägerin gezahlten 158.584,83 DM, der anteiligen Gutachterkosten in Höhe von 3.373,26 DM sowie eines Betrages von 734.375 DM, den der Kläger angeblich seiner Schwester schuldet.

Das Oberlandesgericht hat ihm diese Beträge zugesprochen. Außerdem hat es festgestellt, daß die Beklagten verpflichtet sind, dem Kläger jeden weitergehenden Schaden zu ersetzen. Dagegen wenden sich die Beklagten mit ihrer Revision, die der Senat nur insoweit angenommen hat, als sie zur Zahlung der Beträge von 3.373,26 DM und 734.375 DM verurteilt worden sind und festgestellt worden ist, die Beklagten hätten dem Kläger weiteren, aus dem Verhältnis zu seiner Schwester resultierenden Schaden zu ersetzen.

### **Aus den Gründen:**

Im Umfang der Annahme hat die Revision Erfolg: Sie führt hinsichtlich der dem Kläger zugesprochenen anteiligen Gutachterkosten zur Klageabweisung und im übrigen zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

Das Berufungsgericht hat – in Übereinstimmung mit dem Landgericht – dem Beklagten zu 1) als Pflichtverletzung zur Last gelegt, daß er den Kläger nicht über die Möglichkeit eines Zuweisungsverfahrens nach §§ 13 ff GrdStVG aufgeklärt habe. Statt dessen habe er eine Auseinandersetzung unter Zugrundelegung des Verkehrswerts betrieben. Das wird von der Revision nicht in Zweifel gezogen. Insofern sind Rechtsfehler des Berufungsgerichts auch nicht ersichtlich.

Demgegenüber halten seine Ausführungen zum Schaden und zur Ursächlichkeit der Pflicht-

verletzung einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

### **A. Zu den Gutachterkosten**

Die Revision rügt zu Recht, daß dem Kläger die von ihm anteilig – in Höhe von 3.373,26 DM – getragenen Kosten für das Verkehrswertgutachten nicht als Schadensersatz hätten zugesprochen werden dürfen.

**Die Gutachterkosten sind von den Beklagten deswegen nicht zu erstatten, weil insofern eine Vorteilsausgleichung stattzufinden hat** (vgl. dazu BGH, Urt. v. 22.1.1980 – VI ZR 198/78, NJW 1980, 1787; MünchKomm-BGB/Grunsky 3. Aufl., vor § 249 Rdn. 93 ff, 97 ff; Palandt/Heinrichs, BGB 55. Aufl., vor § 249 Rdn. 119 ff). **Bei ordnungsgemäßer**, die Möglichkeit eines Zuweisungsverfahrens gemäß §§ 13 ff GrdStVG miteinschließender, **Beratung** wäre entweder schon vor der Antragstellung oder in dem landwirtschaftsgerichtlichen Zuweisungsverfahren (vgl. § 49 LwVG) statt des Verkehrswert- **ein Ertragswertgutachten einzuholen gewesen**. Dieses hätte, wie ein Vergleich mit den Kosten des in erster Instanz eingeholten Ertragswertgutachtens zeigt, jedenfalls nicht weniger gekostet als das Verkehrswertgutachten. **Die Aufwendungen für jenes, dessen Kosten im Zuweisungsverfahren der Kläger als Antragsteller sogar allein hätte tragen müssen, hat er sich erspart.**

Die Kosten des im vorliegenden Verfahren eingeholten Ertragswertgutachtens sind solche des Prozesses. Hätte der Kläger sich auf die Geltendmachung der ihm zustehenden Ansprüche beschränkt, gingen diese Kosten nicht zu seinen Lasten. Für die Vorteilsausgleichung nicht entscheidend ist, daß sich der Kläger an den Kosten des Ertragswertgutachtens beteiligen muß, weil er das Ertragswertgutachten auch zur Unterstützung weiterer, nicht gerechtfertigter Ansprüche herangezogen hat. Daß der Kläger durch einen eigenen, von den Beklagten nicht herausgeforderten Willensentschluß den Vorteil (teilweise) zunichte gemacht hat, kann einer Berücksichtigung im Wege einer Vorteilsausgleichung nicht entgegenstehen.

In Höhe von 3.373,26 DM ist das angefochtene Urteil somit aufzuheben (§ 564 Abs. 1 ZPO) und

– da weitere Feststellungen nicht in Betracht kommen – die Klage abzuweisen.

## B. Zu den Verbindlichkeiten gegenüber der Schwester H.G.

Nach Auffassung des Berufungsgerichts hat die den Interessen der Mandanten zuwiderlaufende Erledigung des Auftrags (Auseinandersetzung auf der Grundlage des Verkehrswertes) zu dem geltend gemachten Schaden geführt. Zwischen dem Kläger und seiner Schwester H.G. einerseits sowie der Schwägerin C.S. andererseits sei schon vor Abschluß des landwirtschaftsgerichtlichen Vergleichs wirksam abgesprochen gewesen, den Nachlaß auf Verkehrswertbasis auseinanderzusetzen. Diese Absprache habe nicht nur für die Abfindung der Schwägerin, sondern auch der Schwester gegolten. Der Kläger habe diese nicht schlechter behandeln wollen als die Schwägerin. Denn das Verhältnis zu der Schwester sei ungetrübt, das zur Schwägerin hingegen zerrüttet gewesen. Daß die Schwester ursprünglich mit einer wesentlich geringeren Abfindung – in Höhe von 20.000 DM – zufrieden gewesen wäre, sei unerheblich. Die Verpflichtung des Klägers gegenüber seiner Schwester sei obendrein in Ziffer 3 des Vergleichs festgelegt worden.

Damit sei außer Streit gestellt worden, daß unabhängig von der Anrechnung eines Vorausempfangs, über die man sich noch habe verständigen wollen, die Erbauseinandersetzung zwischen den Geschwistern auf der Grundlage des Verkehrswertes habe stattfinden sollen. Somit schulde der Kläger seiner Schwester bereits jetzt – auch ohne ausdrückliche Einigung über die endgültige Höhe der Abfindung – wenigstens 734.375 DM. Zwar habe der Kläger zunächst nur Freistellung von den Verbindlichkeiten gegenüber der Schwester verlangen können. Da die Beklagten jedoch eine Regulierung des Schadens endgültig abgelehnt hätten, was einer Fristbestimmung nach § 250 Satz 1 BGB gleichstehe, sei der Freistellungsanspruch in einen Zahlungsanspruch übergegangen.

Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Es kann derzeit nicht davon ausgegangen werden, daß der Kläger an seine Schwester mehr bezahlen muß, als er ihr unter Zugrundelegung des Ertragswerts schul-

det. Insofern ist bereits das Vorliegen eines Schadens zweifelhaft. Des weiteren ist fraglich, ob ein **Schaden**, der ggf. darin besteht, daß der Kläger seiner Schwester eine überhöhte Abfindung schuldet, vom **Schutzbereich der verletzten Vertragspflicht** gedeckt ist.

## I. Zum Schaden

Nach § 16 Abs. 1 Satz 2 GrdstVG i.V.m. § 2049 BGB bemißt sich der Abfindungsanspruch der übrigen Miterben gegenüber dem Miterben, dem ein landwirtschaftlicher Betrieb gemäß §§ 13 ff GrdstVG zugewiesen wird, grundsätzlich nach dem Ertragswert des Betriebes. Im Verhältnis zu seiner Schwester **ist dem Kläger ein Schaden deshalb nur erwachsen, wenn er ihr ausnahmsweise eine Abfindung schuldet, die nicht nach dem Ertrags-, sondern nach dem (höheren) Verkehrswert des Betriebes berechnet wird.** Eine derartige Verpflichtung besteht nur, wenn sich der Kläger mit seiner Schwester – wirksam – entsprechend geeinigt hat oder wenn die Einigung des Klägers mit seiner Schwägerin zwangsläufig zur Folge hat, daß auch im Verhältnis zur Schwester in gleicher Weise abgerechnet werden muß. Das erste ist nicht rechtlich einwandfrei festgestellt; das zweite scheidet aus Rechtsgründen aus.

1. Nach dem derzeitigen Sach- und Streitstand kann nicht davon ausgegangen werden, daß sich der Kläger mit seiner Schwester wirksam geeinigt hat, sie werde auf der Basis des Verkehrswertes abgefunden.

a) Das Berufungsgericht hat ausgeführt, vieles spreche dafür, daß eine Vereinbarung zwischen dem Kläger und seiner Schwester „schon“ in einer Besprechung „mit der Gegenseite“ (C.S. mit Anwalt) am 13.9.1988 zustande gekommen sei.

Das hatte der Kläger aber gar nicht behauptet. Er hatte vielmehr in der Klageschrift vorgetragen (und dies später wiederholt), er habe sich im Rahmen einer Besprechung, die ca. drei Wochen nach dem Eingang des Verkehrswertgutachtens stattgefunden habe und an welcher der Beklagte zu 1), er (Kläger) und seine Schwester H.G. teilgenommen hätten, mit dieser geeinigt, daß sie ebenso wie die Schwägerin C.S.

– den ihr zustehenden Anteil aus dem Verkehrswert erhalte. Mit der von ihm genannten Besprechung kann der Kläger nicht die vom 13.9.1988 gemeint haben. Erstens war der Teilnehmerkreis ein anderer, und zweitens lag das Gutachten bereits seit Mitte März 1988 vor.

Zu der Behauptung des Klägers hat das Berufungsgericht keine Feststellungen getroffen. Die Frage, ob eine Einigung am 13.9.1988 zustande gekommen ist, hat es letztlich offengelassen. Damit ist für das Revisionsverfahren davon auszugehen, daß sich der Kläger und seine Schwester an diesem Tage nicht über ihre Abfindung verständigt haben.

b) Nach Auffassung des Berufungsgerichts ist eine Einigung „spätestens dadurch zustande gekommen, daß der Beklagte zu 1) ... unter dem 17.7.1989 ausdrücklich schriftsätzlich erklärte, als Grundlage für die Auseinandersetzung werde das erstellte Gutachten anerkannt; auch gegen den Wertersatz würden sich keine Einwände erheben“.

Diese Auslegung ist für den Senat nicht bindend. Zwar ist die **Auslegung von Individual-erklärungen** grundsätzlich Sache des Tatrichters. Das Berufungsgericht kann aber prüfen, ob erhebliche Auslegungsumstände unberücksichtigt geblieben sind (BGH, Urt. v. 7.7.1994 – IX ZR 211/93, NJW-RR 1994, 1187 m.w.N.). So ist es hier.

Das Schreiben vom 17.7.1989 enthält keine rechtsgeschäftliche Erklärung des Klägers gegenüber H.G. Es war von dem Beklagten zu 1) als Vertreter beider Geschwister, des Klägers und seiner Schwester, verfaßt und – wie das Berufungsgericht an sich nicht verkannt hat („Damit brachte der Beklagte zu 1) der Gegenseite gegenüber unmißverständlich zum Ausdruck ...“) – allein an die Anwälte der Schwägerin C.S. gerichtet worden. Nach ihren Angaben vor dem Landwirtschaftsgericht sah H.G. das Schreiben zum ersten Mal, als es ihr in der öffentlichen Sitzung am 22.5.1990 vorgelesen wurde.

c) Wenn das Schreiben vom 17.7.1989 nicht selbst zu der Einigung geführt hat, konnte es allerdings indizielle Bedeutung dafür haben, daß sich die Geschwister zuvor geeinigt hatten und daß sich der Beklagte zu 1) deshalb für

befugt halten durfte, sich der Gegenseite gegenüber so zu äußern, wie in dem Schreiben vom 17.7.1989 geschehen.

Dagegen spricht aber folgendes:

aa) Die Beklagten haben behauptet, Gegenstand ihrer Beauftragung sei gewesen, die Schwägerin, mit der die Geschwister im Streit gelebt hätten, aus der Erbengemeinschaft herauszulösen. Zwischen dem Kläger und seiner Schwester habe sie fortbestehen sollen.

Mit diesem Vorbringen hat sich das Berufungsgericht nicht hinreichend auseinandergesetzt. Es hat ausgeführt, der Anwaltsauftrag habe auf umfassende Beratung bei der Gesamterbauseinandersetzung gelautet. Das habe das Landgericht „zutreffend festgestellt“ und sei von den Beklagten „auch nicht mehr ernsthaft bestritten“ worden. Beides trifft nicht zu.

Das landgerichtliche Urteil hat offengelassen, ob die Behauptung der Beklagten zutrifft, sie seien nur beauftragt gewesen, das Ausscheiden der Schwägerin aus der im übrigen fortbestehenden Erbengemeinschaft zu betreiben. Es ist auch nicht erkennbar, daß die Beklagten diese Behauptung fallengelassen haben. Noch auf S. 6 f ihres nachgelassenen Schriftsatzes vom 5.7.1995 haben sie daran festgehalten. Es kommt hinzu, daß die Beklagten, solange sie in dieser Angelegenheit auftraten, immer von dem Kläger und seiner Schwester gemeinsam beauftragt waren. Dieser – vom Berufungsgericht außer acht gelassene – Umstand spricht dafür, **daß während der Zeit, in der die Beklagten für die Geschwister tätig waren, diese keine gegensätzlichen Interessen hatten.** Anderenfalls hätten die Beklagten standes- und gesetzwidrig (vgl. § 356 StGB, § 43a Abs. 4 BRAO) gehandelt. Ein einheitliches Mandat beider Geschwister hätten die Beklagten jedenfalls dann nicht mehr fortführen dürfen, sobald es um eine Auseinandersetzung auch zwischen den Geschwistern gegangen wäre und die Schwester zu erkennen gegeben hätte, auf der Basis des Verkehrswertes abgefunden werden zu wollen.

In der Revisionsinstanz ist deshalb davon auszugehen, daß die Beklagten mit der Auseinandersetzung zwischen den Geschwistern nicht beauftragt waren. Dann ist es widersprüchlich,

wenn das Berufungsgericht auf der anderen Seite feststellt, der Kläger habe sich mit seiner Schwester unter Einschaltung der Beklagten über die Erbauseinandersetzung geeinigt.

bb) Das Berufungsgericht hat den Prozeßstoff ferner nicht daraufhin überprüft, ob die behauptete Einigung sich mit der Interessenlage der Geschwister vertrug. Bedeutete es schon den – unter allen Umständen zu vermeidenden – „Ruin“ des Hofes, wenn für die Abfindung der Schwägerin der Verkehrswert zugrunde gelegt wurde, so galt das erst recht dann, wenn die Schwester dem Beispiel der Schwägerin folgte, weil der Anteil der Schwester am Nachlaß sogar noch höher war als der der Schwägerin.

Der Kläger hat vorgetragen, nach dem ersten, durch den Tod des Vaters ausgelösten Erbfall seien sich die Geschwister einig gewesen, daß der ältere Bruder S. den Hof übernehme und die übrigen Geschwister auf der Basis des Ertragswertes abfinde. Danach wäre auf die Schwester H.G. unter Berücksichtigung eines Vorempfanges von 50.000 DM noch ein Betrag von 20.000 DM entfallen. Nach dem Ableben des S. seien die Beklagten beauftragt worden, dafür zu sorgen, daß der Hof der Familie erhalten bleibe und die „weichenden“ Erben in der für den Kläger günstigsten Form ausbezahlt würden. Als der Beklagte zu 1) erklärt habe, der Anteil der Schwägerin sei nach dem Verkehrswert zu berechnen, sei er – Kläger – „völlig konsterniert“, „völlig verzweifelt“ gewesen. Denn danach hätte der Hof nicht gehalten werden können.

Diese Sicht wurde von der Schwester offenbar geteilt. Der Kläger hat ein Schreiben seiner Schwester an das Landwirtschaftsgericht vom 14.5.1990 vorgelegt und sich auf ihre Zeugenaussage vor dem Prozeßgericht berufen. Darin hat die Schwester zum Ausdruck gebracht, es habe in ihrem und des Klägers Interesse gelegen, daß der Hof in der Familie bleibe und der Kläger ihn als Eigentümer bewirtschafte. Sie hätten den Beklagten zu 1) darauf hingewiesen, daß eine Auseinandersetzung zum Verkehrswert den Ruin des Hofes bedeute. In erster Linie sei es darum gegangen, die „immensen“ Forderungen von C.S. abzuwehren. Wenn diese „durchgegangen“ wären, hätten die Geschwister den Hof verkaufen müssen.

Weder mit dem Klagevortrag noch mit der Zeugenaussage hat sich das Berufungsgericht befaßt. Beides legte nahe, daß eine bindende Einigung über eine Abfindung der Schwester nach dem Verkehrswert jedenfalls solange nicht stattgefunden hat, als noch Aussicht bestand, den Hof „für die Familie“ – praktisch kam nur der Kläger in Betracht – zu erhalten. Das Berufungsgericht hat nicht bedacht, daß der Kläger nach entsprechender Beratung durch den Bauernverband das Zuweisungsverfahren vor dem Landwirtschaftsgericht eingeleitet hat – offenbar mit voller Unterstützung seiner Schwester –, um die von der Schwägerin betriebene Teilungsversteigerung zu vermeiden.

Es spricht alles dafür, daß bei der Beratung durch den Bauernverband insbesondere auch die Vorschrift des § 16 Abs. 1 Satz 2 GrdstVG, wonach für die Abfindung der Betrieb zum Ertragswert anzusetzen ist, zur Sprache gekommen ist. Denn hätte der Kläger damit gerechnet, auch im Zuweisungsverfahren Abfindungen nach dem Verkehrswert zahlen zu müssen, wäre ein Zuweisungsverfahren aus seiner Sicht nicht sinnvoll gewesen. Da er den Zuweisungsantrag aber gestellt hat, muß er wohl damals davon ausgegangen sein, daß sich auf diese Weise eine Abfindung nach dem Verkehrswert vermeiden lasse. In diesem Zusammenhang war auch die Zeugenaussage der Schwester H.G. zu würdigen. Das Berufungsgericht hat das unterlassen.

Der Zeugenaussage läßt sich möglicherweise ebenfalls entnehmen, daß sich die Geschwister **vor Vergleichsschluß** nicht über die Art und Höhe der Abfindung geeinigt hatten, jedenfalls nicht über eine Abfindung auf der Basis des Verkehrswertes. Die Zeugin hat bekundet, sie und der Kläger hätten das Landwirtschaftsgericht „immer wieder darauf hingewiesen, daß kein Einverständnis bzw. keine Einigung auf der Basis des Verkehrswerts vorgelegen“ habe.

Im Rahmen der Vergleichsverhandlungen habe das Gericht angekündigt, es würden nun auch ihre (gemeint ist die Schwester) Abfindungsansprüche miteinbezogen, und zwar auf Verkehrswertbasis. Darüber sei sie, die Schwester, „ziemlich überrascht“ gewesen und habe sich nicht endgültig festlegen wollen. Sie sei bereit gewesen – wenn die rechtliche Möglichkeit



## • Rechtsprechungsübersicht

### **Nachholende und nachträgliche Anpassung der Betriebsrenten (BAG, Urt. v. 17.4.1996 - 3 AZR 56/95)**

Wurde in der Vergangenheit bei der nach § 16 BetrAVG erforderlichen Anpassungsprüfung kein voller Geldwertausgleich gewährt, ist bei Folgeprüfungen der Kaufkraftverlust seit Rentenbeginn zu berücksichtigen (**nachholende Anpassung**).

Eine solche nachholende Anpassung kann den Arbeitgeber aber auch überfordern, so daß seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit besonders sorgfältig zu prüfen ist. Kommt danach ein voller Inflationsausgleich nicht in Betracht, steht dem Arbeitgeber bei der Verteilung des Anpassungsbudgets ein gewisser **Ermessensspielraum** zur Verfügung. Es entspricht insoweit den Grundsätzen billigen Ermessens, wenn der Arbeitgeber die vorhandenen finanziellen Mittel entweder

- zur anteilmäßigen Befriedigung des Anpassungsbedarfs mit einer einheitlichen Quote,
- zur vorrangigen Schließung länger zurückliegenden Versorgungslücken oder
- zunächst zur Erfüllung des Anpassungsbedarfs der letzten drei Jahre verwendet.

Von der nachholenden ist die **nachträgliche Anpassung** zu unterscheiden. Durch eine nachträgliche Anpassung soll die Betriebsrente bezogen auf einen früheren Anpassungstichtag unter Berücksichtigung der damaligen wirtschaftlichen Lage des Unternehmens erhöht werden. Dieser Anspruch ist vom Anspruch auf die einzelnen erhöhten Rentenraten zu unterscheiden. Hierbei ist folgendes zu beachten:

- Wenn der Versorgungsempfänger die Anpassungsentscheidung seines Arbeitgebers für **fehlerhaft** hält, muß er dies vor dem nächsten Anpassungstichtag dem Arbeitgeber gegenüber zumindest außergerichtlich geltend machen. Mit dem nächsten Anpassungstichtag entsteht ein neuer Anspruch auf Anpassungsprüfung und Anpassungsentscheidung, so daß in diesem Zeitpunkt der Anspruch auf Korrektur einer früheren Anpassungsentscheidung erlischt.

- Hat der Arbeitgeber bis zum nächsten Anpassungstichtag die Betriebsrente weder erhöht, noch sich zur Anpassung ausdrücklich geäußert, so hat er damit stillschweigend erklärt, daß er **keine Rentenindexierung** vornimmt. Die Erklärung des Versorgungsschuldners, nicht anpassen zu wollen, gilt nach Ablauf von drei Jahren ab Anpassungstermin als abgegeben. Der versorgungsberechtigte Betriebsrentner kann die stillschweigend abgelehnte Anpassungsentscheidung in einem solchen Fall bis zum übernächsten Anpassungstermin gegenüber dem Arbeitgeber oder gerichtlich rügen.

Der Betriebsrentner ist also in jedem Fall gezwungen, will er keine Ansprüche verwirken, rechtzeitig sein Anpassungsbegehren gegenüber dem Arbeitgeber geltend zu machen; die Anpassung von Betriebsrenten wird damit zur „**Holschuld**“.

Die in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen haben mithin nur insoweit **streitbeendenden Charakter**, als mit ihnen die in der Vergangenheit liegenden Zeiträume beurteilt wurden und die Entscheidungen sachlich berechtigt waren und nicht angegriffen wurden.

### **Im Überblick**

- Rechtsprechungsübersicht
- Aktuelles aus der Finanzverwaltung
- Termine
- Statistik-Ecke
- Literaturhinweise
- GIBA-Porträt
- BAV-international



**GERLING INSTITUT GIBA**

Gerling Institut Pro Betriebliche Altersversorgung und  
Vorsorge-Management GmbH

Gereonshof, 50670 Köln, Telefon (0221) 144-3183

**Ansprüche auf Zusatzversorgung (BAG, Urt. v. 17.12.1996 - 3 AZR 800/95, 882/95 u. 787/95)**

Der Ministerrat der früheren DDR hat durch die **AO 54** Arbeitern und Angestellten in den wichtigsten volkseigenen Betrieben unter bestimmten Voraussetzungen einen Anspruch auf **Zusatzrente** eingeräumt.

Das BAG mußte in verschiedenen Urteilen zu einer Passage des Einigungsvertrages Stellung nehmen, in der es sinngemäß heißt, die AO 54 bleibe mit der Maßgabe in Kraft, daß sie bis zum 31.12.1991 anzuwenden ist. Das BAG hat diese Regelung dahin interpretiert, daß nach dem 31.12.1991 Versorgungsrechte nach der AO 54 nicht mehr entstehen können. Wer bis zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits einen Anspruch auf eine entsprechende Zusatzversorgung erworben hat, behält diesen Anspruch auch über den 31.12.1991 hinaus fort.

## • Aktuelles aus der Finanzverwaltung

**Unterstützungskassen - Zweifelsfragen bei der steuerlichen Behandlung von Zuwendungen und der Ermittlung des tatsächlichen Kassenvermögens (BMF, Schr. v. 28.11.1996 - IV B 2 - S 2144c - 44/96)**

Der BMF hat sich zum Jahresende 1996 zum Teil sehr detailliert zu Fragestellungen bei der Unterstützungskassenfinanzierung im Zusammenhang mit den Änderungen des Jahressteuergesetzes 1996 geäußert. Danach besteht nunmehr in folgenden wesentlichen Punkten Rechtsklarheit:

- Finanzielle **Aufwendungen** für die **Konzeption** und/oder **Verwaltung** der Unterstützungskasse sind **Betriebsausgaben**. Sie sind nach § 4 Abs.4 EStG unmittelbar beim Trägerunternehmen abzugsfähig. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Kosten unmittelbar beim Trägerunternehmen anfallen, oder das Trägerunternehmen die von der Unterstützungskasse verursachten Kosten übernimmt oder der Kasse diese Kosten erstattet. In diesen Fällen liegt in Höhe der Kostentragung auch keine Zuwendung i.S.v. § 4d EStG vor.
- Die Unterstützungskasse dient als „soziale Einrichtung“ der Arbeitnehmersversorgung. Zuwendungen für **(Mit-)Unternehmer** sind daher nicht nach § 4d EStG begünstigt. Sie werden zwar Teil des tatsächlichen Kassenvermögens, sind aber beim zulässigen Kassenvermögen nicht zu berücksichtigen.
- Neben einem **laufenden Gehalt** darf die Unterstützungskasse nur dann Leistungen erbringen, wenn es sich dabei um Leistungen in Form einer betrieblichen **Teilrente** handelt.

- Wird die Unterstützungskasse zwar über Rückdeckungsversicherungen, aber nicht kongruent finanziert, so ist für die dann ggf. noch mögliche Zuwendung zum Reservepolster die vorhandene **Rückdeckungsquote** in einem jährlich neu zu erstellenden versicherungsmathematischen Gutachten (Barwertvergleich) zu berechnen.
- **Gewinngutschriften** aus Rückdeckungsversicherungen sind grundsätzlich mit der jährlichen **individuellen Versicherungsprämie** zu **verrechnen**, so daß als Zuwendungsbetrag für den einzelnen Versorgungsberechtigten dann nur noch die um die Gewinne saldierte Prämie in Betracht kommt. **Übersteigen** die Gewinngutschriften den Prämienbetrag, sind weitere betriebsausgabenwirksame Zuwendungen nicht zulässig. Der übersteigende Betrag ist beim Trägerunternehmen nicht als Betriebseinnahme zu erfassen. Die Kasse kann diesen Betrag zur Beitragszahlung für die Rückdeckung einer anderen Versorgungsverpflichtung verwenden. Entsprechend ist bei sonstigen Fällen freiwerdenden Deckungskapitals zu verfahren.

**Alternativ** besteht auch die Möglichkeit, anstelle der Verrechnung die Gewinngutschriften zur **Erhöhung der Versicherungsleistungen** zu verwenden, sofern dies nicht zu einer über den arbeitsrechtlichen Verpflichtungsumfang hinausgehenden Versicherungsleistung führt.

- Eine **Unterbrechung** der laufenden Beitragszahlung oder **Beitragseinstellung** ist grundsätzlich zulässig. Bei einer späteren Wiederaufnahme der Beitragszahlung ist allerdings darauf zu achten, daß die Prämie bei unverminderter Versicherungsleistung nicht reduziert wird. Eine **Einmalprämien-Nachzahlung** zum Ausgleich einer eingetretenen Minderung der Versicherungsleistung führt dagegen zu einer steuerlich **nicht** mehr **begünstigten Versicherung**.
- Arbeitet der Versorgungsanwärter über den Zeitpunkt hinaus, in dem die Versicherungsleistung fällig wird, so reduziert der Mittelzufluß bei der Kasse deren zulässiges Kassenvermögen nicht.
- Hat ein Trägerunternehmen mehrere Unterstützungskassen, so sind diese hinsichtlich sämtlicher steuerlicher Fragen als Einheit zu behandeln.

## • Termine

Die diesjährige GIBA-Konferenz findet am Dienstag den 16. September 1997 in Köln statt.

## GIBA-Porträt: MBV – Management betrieblicher Versorgungseinrichtungen

Immer mehr Unternehmen suchen im Bereich der betrieblichen Altersversorgung nach Lösungen, die einerseits die Wertschätzung bei den Mitarbeitern für diese Sozialleistung steigern, andererseits zugleich aber auch den Verwaltungsaufwand und die damit verbundenen Kosten reduzieren können. GIBA bietet in diesem Zusammenhang interessierten Firmen die vollständige, auf Wunsch aber auch nur teilweise Übernahme des BAV-Managements an. Die Auslagerung von Dienstleistungen im Bereich der betrieblichen Altersversorgung führt im Unternehmen zu einer Straffung der Unternehmensorganisation, zur Reduzierung des Haftungsrisikos und zur Senkung der Kosten für die interne Kommunikation und Administration. GIBA-MBV betreut auf diesem Sektor zur Zeit über 500 Unternehmen, überwiegend im Bereich der rückgedeckten Unterstützungskasse und der unmittelbaren Pensionszusagen, sowie ein berufsständisches Versorgungswerk. Schwerpunkt der administrativen Dienstleistungen sind:

- Bestandsführung
- Unverfallbarkeitsbescheide
- Rentenberechnung und -auszahlung
- Anpassungsprüfung nach § 16 BetrAVG
- Gutachtenerstellung
- Erstellung jährlicher Leistungsausweise
- Berechnungen zum Versorgungsausgleich
- Berechnung der Bemessungsgrundlage für das PSV-Testat

## • Statistik-Ecke

Die in § 16 BetrAVG enthaltene turnusmäßige Anpassungsprüfungsverpflichtung erfordert in aller Regel die **kaufkraftstabile Erhaltung** der Betriebsrenten. Maßstab hierfür ist der Lebenshaltungskostenpreisindex einer vierköpfigen Arbeitnehmerfamilie mit mittlerem Einkommen (vgl. BAG v. 14.2.1989 - 3 AZR 313/87 - BB 1989, S. 1554 = DB 1989, S. 1422). Dieser Index belief sich im Jahresdurchschnitt 1996 auf der Basis 1991 = 100 nach der amtlichen Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes auf **114,4** (1995 = 112,9). Daraus leitet sich ein Anpassungssatz im 3-Jahres-Zeitraum von **5,9 %** (1995 = 8,4%) ab.

Wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß der **volle Teuerungsausgleich insoweit unterbleiben** kann, als er über den unternehmensbezogenen prozentualen Nettolohnanstieg hinausgeht („**reallohnbezogene Anpassungslimitierung**“).

## • Literatur-Hinweise

Was darf ein GmbH-Geschäftsführer verdienen? Diese Frage stellt die Finanzverwaltung immer öfter in den Vordergrund ihrer Betriebsprüfungen bei GmbH's. Für die betroffenen Gesellschafter-Geschäftsführer ist es daher besonders wichtig, aktuelle

Orientierungswerte über die am Markt „üblichen“ Vergleichswerte zu erhalten, um in der Diskussion um verdeckte Gewinnausschüttungen nicht in einen Argumentationsnotstand gegenüber der Betriebsprüfung zu geraten. Einen Überblick über diese Vergleichsgehälter bietet auf der Basis von rund 2.500 Erhebungen auf knapp 300 Seiten die Dokumentation des BBE-Verlags „**Welche Vergütungen erhalten GmbH-Geschäftsführer**“. Diese in Kooperation mit der Zeitschrift „impulse“ durchgeführte Erhebung differenziert in über 70 Tabellen u.a. nach 80 Branchen, Anzahl der Beschäftigten, Umsatzgröße und Ertragslage. Berücksichtigt werden Gehälter, Tantiemen, Pensionszusagen und Sachbezüge. Ergänzt wird die Erhebung durch einen Mustervertrag für Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH sowie eine umfangreiche Rechtsprechungsübersicht. Die Dokumentation kann zu einem Preis von **285 DM** zzgl. Versandkosten und MwSt. unmittelbar beim BBE-Verlag (Fax: 0221-93655-142) bestellt werden.

**Betriebliche Altersversorgung** – Eine Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts hat der Vorsitzende Richter des 3. Senats, F. Heither herausgegeben. Auf rund 800 Seiten wird die maßgebliche Rechtsprechung des BAG zu allen arbeitsrechtlich relevanten Fragen der betrieblichen Altersversorgung systematisch nach Stichpunkten geordnet und zeitlich untergliedert dargestellt. Die Loseblatt-Sammlung ist im E. Schmidt Verlag, Bielefeld, zum Preis von ca. 200,- DM zu beziehen.

## • BAV - international

### Mexiko – Reform der Sozialversicherung

Am 14.12.95 wurde in Mexiko ein neues Sozialversicherungsgesetz verabschiedet, das mit Wirkung zum 1.1.97 in Kraft getreten ist.

Für diese Reform verantwortlich war in erster Linie der bevorstehende Bankrott des Instituto Mexicano del Seguro Social (IMSS), dessen Gelder in naher Zukunft weder ausgereicht hätten, laufende Rentenleistungen auszuzahlen noch künftigen Verpflichtungen nachzukommen. Aber auch die bekannten demoskopischen Umstände haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Einer wachsenden Zahl von Rentnern stehen immer weniger sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer gegenüber. Die Lebenserwartung in Mexiko hat sich für Frauen von 78,4 Jahren in 1970 auf 86,7 Jahre in 1990 verlängert. Für Männer stieg die Lebenserwartung von 77,9 auf 83,6 Jahre. Negative wirtschaftliche Einflüsse wie eine Inflationsrate von mehr als 50%, eine Arbeitslosenquote, die offiziell mit 7%, von Experten aber eher mit 25%, beziffert wird, sowie vermehrte Insolvenzen von Unternehmen haben ihr übriges zur Gesamtentwicklung beigetragen.

Trotz alledem hat eine beachtliche Verbesserung der Wirtschaftslage stattgefunden. So ist in 1995 der Export um mehr als 35%, der gesamte Wirtschaftshandel zwischen den USA und Mexiko in den letzten 10 Jahren um mehr als 400% gestiegen. Zum ersten Mal seit 15 Jahren konnte Mexiko in 1995 einen Außenhandels-Gewinn von 7,3 Mrd US\$ ausweisen.

In Anlehnung an bereits durchgeführte Reformen in Lateinamerika (Chile, Argentinien, Kolumbien, Peru) hat die mexikanische Regierung zum 01.01.1997 ein beitragsorientiertes Sozialversicherungs-System eingeführt.

Für die Alters-, Hinterbliebenen- und Invaliditätsrenten sind nun folgende Beiträge zu entrichten:

	ArbG	ArbN	Staat
Altersrente	5,150%	1,125%	0,225%
Hinterbliebenenrente & Invalidität	1,750%	0,625%	0,125%

*Die Beitragsbemessungsgrenze liegt bei dem 15 – 25-fachen Mindestlohn (1.1.97: N\$ 9.522 pro Jahr). Der Faktor 15 wird jährlich um 1 erhöht, so daß in 2007 der Faktor 25 beträgt. Zusätzlich zu den genannten Beiträgen zahlt der Staat 5,5% des täglichen Mindestlohns pro Tag pro Arbeitnehmer.*

Diese Beiträge werden in Pensionsfonds eingezahlt. Die Verwaltung der Pensionsfonds obliegt den noch zu gründenden Administradoras de Fondos de Retiro (AFOREs), die auch für Investment und Fondsmanagement zuständig sein werden. Jeder Arbeitnehmer wird dort sein individuelles Konto haben, auf dem die Sozialversicherungsbeiträge verzinslich angesammelt werden.

Bei Rentenbeginn (mit 65 Jahren) wird das eingezahlte Guthaben bei einem Versicherungsunternehmen in eine lebenslängliche Altersrente umgewandelt. Auch im Falle der Invalidität wird die Leistung, 35% des Durchschnittsgehalt der letzten 10 Jahre plus 15% für Familienangehörige, über ein Versicherungsunternehmen abgewickelt. Gleiches gilt für die Hinterbliebenenrente, bei der 90% der Invalidenrente fällig werden.

Diese Konstellation führt zur Zusammenarbeit von Banken und Versicherungsunternehmen, um gemeinsam als AFORE tätig werden zu können. Die größte Bank Mexikos, Banamex, hat bereits eine Kooperation mit dem niederländischen Versicherer AEGON angekündigt.

Seit Ende Oktober tagt ein Gremium, zusammengesetzt aus Vertretern des Finanzministeriums, des Arbeitsministeriums, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, Gewerkschaften sowie Vertretern der Banken mit dem Ziel, Rahmenbedingungen für die Bildung von AFOREs (Solvenzanforderungen, Kontrollinstanzen, etc.) festzulegen. Mit der Bestätigung der verabschiedeten Vorlage durch Präsident Ernesto Zedillo wird täglich gerechnet.

Auch wenn Mexiko, geographisch gesehen, weit entfernt ist, dürfte diese Reform, wie bereits die vorangegangene in Chile, wegweisend für künftige Sozialversicherungsreformen sein.

Die Frage „Was passiert mit den verbleibenden Rentengeldern des IMSS“ stellt sich nicht mehr, da diese nach letzten Pressemeldungen für Instandhaltungsarbeiten an öffentlichen Einrichtungen, z.B. Krankenhäuser, aufgebraucht wurden.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen der IBN Partner Nathal Actuarios y Consultores in Mexico oder Frau Liptau-Nohl (- 50 21) beim Gerling Institut GIBA in Köln zur Verfügung.

bestanden hätte – sich mit dem Kläger auf der Basis des Ertragswertes auseinanderzusetzen. Mit dem Abschluß des Vergleichs, durch den C.S. „so gut wegkommt“, sei für sie, die Zeugin, aber klar, daß auch sie auf Verkehrswertbasis abgefunden werden wolle. Der Kläger habe sich **nach dem Vergleich** ihr gegenüber bereit gezeigt, auf Verkehrswertbasis abzurechnen.

d) Falls es vor Abschluß des Vergleichs dennoch zu einer Einigung, wie sie der Kläger behauptet, gekommen sein sollte, wäre sie formnichtig nach § 313 Satz 1 BGB gewesen. Das Berufungsgericht hat zwar nicht verkannt, daß **Auseinandersetzungsverträge gemäß § 2042 BGB formbedürftig** sind, falls zum Nachlaß Grundstücke gehören (vgl. *Münch-Komm-BGB/Dütz 2. Aufl., § 2042 Rdn. 36; Palandt/Edenhofer, § 2042 Rdn. 4*). Das Berufungsgericht hat indes übersehen, **daß der Formzwang auch für Nebenabreden – z. B. Absprachen über die Bewertung der zum Nachlaß gehörenden Grundstücke – gilt, wenn diese nach dem Willen der Vertragsschließenden zu dem schuldrechtlichen Auseinandersetzungsvertrag gehören sollen** (*Soergel/Wolf, BGB 12. Aufl., § 2042 Rdn. 28; Palandt/Heinrichs, § 313 Rdn. 25, 32*).

Ist eine solche Einheit gewollt, braucht die Nebenabrede nicht selbst die Verpflichtung zum Erwerb oder zur Veräußerung des Grundstückseigentums zu enthalten (vgl. *BGHZ 76, 43, 49; 78, 346, 349; BGH, Urt. v. 6.11.1981 – V ZR 138/80, NJW 1982, 434*). Eine Einheit ist gewollt, wenn die Absprachen miteinander „stehen und fallen“ sollen (*BGHZ 101, 393, 396*). Das war hier der Fall.

Allerdings wäre der Formmangel einer etwaigen Abrede **mit der Eintragung des Klägers geheilt worden** (§ 313 Satz 2 BGB). Ob der Kläger inzwischen im Grundbuch steht, hat das Berufungsgericht jedoch nicht festgestellt.

e) Das Berufungsgericht hat schließlich gemeint, die Verpflichtung des Klägers gegenüber seiner Schwester sei auch in Ziffer 3 des Vergleichs festgelegt. Damit hätten der Kläger und seine Schwester verbindlich außer Streit gestellt, daß unabhängig von der Anrechnung des Vorausempfangs, worüber man sich noch habe einigen wollen, jedenfalls die Erbauseinander-

setzung zwischen ihnen auf Verkehrswertbasis vorzunehmen sei. Dies hält einer rechtlichen Nachprüfung ebensowenig stand.

Die tatrichterliche **Auslegung eines Prozeßvergleiches** unterliegt – ebenso wie die Auslegung von Individualerklärungen – der revisionsrechtlichen Prüfung, jedenfalls darauf, ob anerkannte Auslegungsgrundsätze, gesetzliche Auslegungsregeln, Denkgesetze oder Erfahrungssätze verletzt sind (*BGH, Urt. v. 4.4.1968 – VII ZR 152/65; v. 11.5.1995 – VII ZR 116/94, NJW-RR 1995, 1201, 1202*). Die Frage, ob Prozeßvergleiche vom Revisionsgericht in weitergehendem Umfang, nämlich unbeschränkt und selbständig ausgelegt werden können (so *BAG, MDR 1983, 1053*), bedarf keiner Entscheidung, weil sich die Auslegung des Tatrichters schon aufgrund einer beschränkten Nachprüfung als rechtsfehlerhaft erweist.

Die Auslegung des Berufungsgerichts ist mit dem Wortlaut des Vergleichs nicht vereinbar. Aus den Bestimmungen in Ziffern 3 und 10 ergibt sich, daß die **„Art und Höhe der Abfindung“ der H.G. bei dem Vergleich ausgeklammert werden sollte**. Das steht im Einklang mit den Angaben, die H.G. selbst als Zeugin gemacht hat. Sie hat bekundet, sie sei, als das Landwirtschaftsgericht die Einbeziehung ihrer Abfindungsansprüche in eine Gesamtregelung vorgeschlagen habe, „ziemlich überrascht“ gewesen und habe sich „noch nicht endgültig festlegen“ wollen. Auch die weiteren Angaben der Zeugin – mit dem Abschluß des für ihre Schwägerin so günstigen Vergleichs sei ihr klar geworden, daß auch sie auf Verkehrswertbasis abgefunden werden wolle; der Kläger habe sich nach dem Vergleich ihr gegenüber bereit gezeigt, in dieser Weise abzurechnen – zeigen, daß der Wunsch der Schwester, eine Abfindung nach dem Verkehrswert zu erhalten, erst nach dem Vergleichsschluß gereift ist. Dementsprechend hat sich der Kläger auch erst danach entschlossen, diesem Wunsch zu entsprechen.

f) Daß die Einigung mit der Schwester der vergleichsweisen Auseinandersetzung mit der Schwägerin nachgefolgt sei, hat der Kläger nicht substantiiert behauptet und das Berufungsgericht nicht festgestellt. Im übrigen kommt es darauf aus den nachfolgend unter II. erörterten Gründen nicht an.



2. Die Einigung des Klägers mit seiner Schwägerin hat nicht zwangsläufig zur Folge, daß der Kläger seine Schwester in gleicher Weise abfinden muß wie die Schwägerin. Das gilt sowohl in bezug auf den vor dem Landwirtschaftsgericht geschlossenen Vergleich als auch in bezug auf eine vorausgegangene Einigung über den Wertansatz.

a) Endet ein Zuweisungsverfahren nach §§ 13 ff GrdstVG mit einem gerichtlichen Zuweisungsbeschluß, muß nur die Zuweisung als solche allen Beteiligten gegenüber einheitlich erfolgen. Die Art und Höhe der nach § 16 GrdstVG zu leistenden Abfindung kann verschieden ausfallen. Es ist zulässig, einen Miterben statt durch Zahlung eines Geldbetrages ganz oder teilweise durch Übereignung eines Grundstücks abzufinden (§ 16 Abs. 4 GrdstVG). Auch kann ein Miterbe, z.B. der überlebende Ehegatte des Erblassers, mit einem Altenteil abgefunden werden (§ 16 Abs. 5 GrdstVG). Selbst wenn alle Miterben in Geld abgefunden werden sollen, kann sich die Forderung einzelner Miterben z.B. dadurch erhöhen, daß sie sich durch Arbeitsleistung in dem Betrieb besondere Verdienste erworben haben (*Lange, GrdstVG 2. Aufl., § 16 Anm. 4*). Im übrigen können die Beteiligten, weil § 16 GrdstVG kein zwingendes Recht enthält (*Ehrenforth, RSG und GrdstVG 1965, § 16 GrdstVG Anm. 2b*), über Art und Höhe der Abfindung Vereinbarungen treffen (*Lange, § 16 Anm. 3*). Diese können die Beteiligten insgesamt oder auch nur einzelne von ihnen betreffen (*Pikalo/Bendel, GrdstVG 1963, § 16 Anm. V 4 a. E.*).

Im vorliegenden Fall wurde das Zuweisungsverfahren für erledigt erklärt, nachdem die Beteiligten sich vergleichsweise geeinigt hatten. Im Rahmen eines derartigen Vergleichs können die Beteiligten keinen strengeren Bindungen unterliegen, als wenn sie sich im Hinblick auf eine vom Landwirtschaftsgericht im Rahmen des Zuweisungsbeschlusses festzusetzende Abfindung einigen. Beschränkt sich die Tragweite des Vergleichs hinsichtlich der Abfindung auf das Verhältnis des Klägers zu der Schwägerin, kann die Schwester daraus keine Rechte herleiten.

b) Eine dem Vergleichsschluß vorausgegangene Vereinbarung über den für den Betrieb anzusetzenden Wert, der das Landwirtschafts-

gericht Bindungswirkung auch für das Zuweisungsverfahren beigegeben hat, wirkt – ebenso wie der Vergleich – wiederum nur unter den beteiligten Parteien. Kann im Zuweisungsverfahren eine Vereinbarung getroffen werden, die nur zugunsten eines der abzufindenden Miterben wirkt, muß das auch im Vorfeld des Zuweisungsverfahrens möglich sein.

## II. Zur Ursächlichkeit

**Falls sich der Kläger nach Abschluß des Vergleichs mit der Schwester dahin verständigt hat, sie werde – ebenso wie die Schwägerin – unter Zugrundelegung des Verkehrswertes abgefunden, ist diese Schadensfolge den Beklagten jedenfalls haftungsrechtlich nicht zuzurechnen.**

1. Das Berufungsgericht hat nicht festgestellt, ob der Vorsitzende des Landwirtschaftsgerichts im Termin vom 22.5.1990 dem Kläger zu verstehen gegeben hat, seine Schwester habe ebenfalls einen Abfindungsanspruch auf der Grundlage des Verkehrswertes. War dies nicht der Fall, hat der Kläger ihr die höhere Abfindung vielmehr nur deshalb zugebilligt, weil er die Schwester nicht schlechter als die Schwägerin hat behandeln wollen, fehlt es schon am **ad-äquaten Ursachenzusammenhang** zwischen Pflichtverletzung und Schaden. **Dieser Zusammenhang ist nicht gegeben, wenn der Geschädigte in ungewöhnlicher und unsachgemäßer Weise in den Geschehensablauf eingreift und eine weitere Ursache auslöst, die den Schaden erst endgültig herbeiführt.**

Davon ist auszugehen, wenn **für die Zweithandlung des Geschädigten kein rechtfertigender Anlaß bestand, jene durch das haftungsbegründende Ereignis nicht herausgefordert wurde und eine ungewöhnliche Reaktion auf das Ereignis darstellt** (*BGH, Urt. v. 20.10.1994 – IX ZR 116/93, GI 1995, 70 = WM 1995, 398, 402 m.w.N.*).

Falls sich der Kläger und seine Schwester H. G. – entgegen ihrer ursprünglichen Absicht – nach dem Vergleichsschluß verständigt haben, daß die Schwester auf der Basis des Verkehrswertes abgefunden werden soll, und zwar durch Zahlung von rund 800.000 DM, war die darin liegende Ausweitung des Schadens durch die



Pflichtverletzung der Beklagten nicht veranlaßt. **Daß der Beratungsfehler der Schwägerin zu einer Abfindung verholfen hatte, die sie in dieser Höhe rechtlich nicht zu beanspruchen hatte, berechnete den Kläger nicht, einen vergleichbaren unrechtmäßigen Vorteil nun auch der Schwester zukommen zu lassen.** Der Kläger war durch den Vorsitzenden des Landwirtschaftsgerichts darauf hingewiesen worden, daß die Beratung durch die Beklagten – was die Maßgeblichkeit des Verkehrswerts als Bemessungsgrundlage für die Abfindung anging – falsch gewesen war. **Es wäre nun an dem Kläger gewesen, den drohenden Schaden aus dieser Falschberatung nach Kräften abzuwenden oder zu mindern** (§ 254 Abs. 2 Satz 1 BGB).

Statt dessen hat der Kläger – wenn er, wie er behauptet, der Schwester ebenfalls eine Abfindung auf der für falsch erkannten Basis des Verkehrswerts versprochen hat – den Schaden wesentlich vergrößert. Dazu durfte sich der Kläger durch das haftungsbegründende Ereignis nicht als herausgefordert betrachten. **Durch die den Beklagten zur Last fallende anwaltliche Falschberatung entstand für den Kläger kein vernünftiger Grund, den Schaden zum Vorteil seiner Schwester auszuweiten.**

2. Falls der Kläger die Äußerungen des Vorsitzenden des Landwirtschaftsgerichts so verstehen durfte, die Schwester habe – wie die Schwägerin – einen Rechtsanspruch auf eine Abfindung nach dem Verkehrswert, **liegt der Nachteil, der in der vertraglichen Begründung eines dahingehenden Abfindungsanspruchs zu sehen ist, nicht im Schutzbereich der verletzten Anwaltpflicht.** Zu ersetzen sind solche Schadenfolgen, zu deren Abwendung die verletzte Vertragspflicht übernommen wurde. **Ein Anwalt haftet für den Schaden aus einem gerichtlichen Fehler, wenn dieser maßgeblich auf Problemen beruht, deren Auftreten der Anwalt durch sachgerechtes Arbeiten gerade hätte vermeiden müssen** (BGH, Urt. v. 21.9.1995 – IX ZR 228/94, GI 1996, 14 = WM 1996, 35, 39 m.w.N.). Hatten die Beklagten – wie für das Revisionsverfahren zu unterstellen ist – nur den Auftrag, die Schwägerin aus der im übrigen fortbestehenden Erbengemeinschaft herauszulösen, mußten sie diesen Auftrag so

erledigen, daß die Mandanten – also beide Geschwister – vor vermeidbaren und voraussehbaren Nachteilen im Verhältnis zur Schwägerin bewahrt wurden (vgl. BGH, Urt. v. 21.9.1995, a.a.O., WM 1996, 40 m.w.N.). **Einen erstmals durch die fehlerhafte Rechtsmeinung des Landwirtschaftsgerichts im internen Verhältnis der Geschwister aufgetretenen Interessengegensatz hatten sie nicht zu beachten, zumal das Mandat anscheinend bereits beendet war, als der Kläger das Zuweisungsverfahren einleitete.**

## Steuerberaterhaftung

- Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung
- Steuerersparende Alternativgestaltungen?
- Mißbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten (OLG Düsseldorf, Urt. v. 14.3.1996 – 13 U 3/95)

### Leitsatz (d. Red.):

**Hat der Steuerberater auf die Steuerpflicht des Veräußerungsgewinns gemäß § 17 Abs. 1 Satz 5 EStG nicht hingewiesen, so muß der Mandant konkret und überprüfbar darlegen, bei welcher Alternativgestaltung das wirtschaftliche Ergebnis ohne Belastung mit Einkommensteuer hätte erreicht werden können.**

### Aus den Gründen:

I. Der 1972 geborene Kläger erhielt im April 1985 von seinem Vater einen 5%igen Geschäftsanteil im Nennwert von 10.000 DM an einer GmbH geschenkt, an der der Vater zu diesem Zeitpunkt zu 51,5 % beteiligt war. Durch notariellen Vertrag vom 25.11.1988 wurden alle GmbH-Anteile zum 1.1.1989 verkauft. Der Anteil des Klägers ging mit 100.000 DM in den Kaufpreis ein. Die Verhandlungen hatte der Vater geführt, der zusammen mit seiner Ehefrau nach wie vor die Mehrheit der Geschäftsanteile besaß. Der Beklagte, der das Unternehmen und die Familie seit Jahren als Steuerberater betreute,

war bei den Verhandlungen hinzugezogen worden; ab wann und in welchem Umfang, ist streitig.

Der Kläger macht 10.916 DM Einkommensteuer auf seinen Veräußerungsgewinn (§ 17 Abs. 1 EStG) als Schaden geltend, der darauf beruhe, daß der Beklagte seine steuerlichen Interessen bei dem Verkauf vernachlässigt habe. Das Landgericht hat die Klage abgewiesen, weil zwischen den Parteien kein Steuerberatungsvertrag, sondern allenfalls ein Gefälligkeitsverhältnis bestanden habe, und der Kläger auch nicht in den Schutzbereich des Vertrages einbezogen gewesen sei, den sein Vater mit dem Beklagten geschlossen hatte.

II. Die Berufung ist nicht begründet. Das Landgericht hat die Klage im Ergebnis zu Recht abgewiesen. Zwar mag zugunsten des Klägers davon auszugehen sein, daß er in den Schutzbereich des Steuerberatungsvertrages einbezogen war, den sein Vater mit dem Beklagten geschlossen hatte (vgl. *BGH, NJW 1995, 51 zum Anwaltsvertrag; Palandt/Heinrichs, BGB 55. Aufl. 1996, § 328 Rdn. 30 m.w.N. zum Steuerberatungsvertrag*). In dem Fall hätte der Beklagte auch dann, wenn er erstmals am 26.9.1988 hinzugezogen worden war, den Vater des Klägers **ungefragt** (vgl. *BGH, NJW 1996, 312*) darauf hinweisen müssen, daß der Kläger den Veräußerungsgewinn nach § 17 Abs. 1 S. 4 (jetzt S. 5) EStG zu versteuern hatte. **Der Kläger hat aber nicht konkret und überprüfbar dargetan, auf welchem anderen rechtlich zulässigen Wege das wirtschaftlich angestrebte Ergebnis – der Verkauf seines Geschäftsanteils für 100.000 DM – ohne Belastung mit Einkommensteuer hätte erreicht werden können:**

1. Der Gewinn aus der Veräußerung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft bei wesentlicher Beteiligung entsteht in dem Zeitpunkt, in dem das rechtliche oder zumindest das wirtschaftliche Eigentum an den Anteilen vom Veräußerer auf den Erwerber übergeht (*BFH, BStBl II 1983, 640, 642; BStBl II 1988, 832, 834; Schmidt, EStG 14. Aufl. 1995, § 17 Rdn. 97; Hörger, in: Littmann/Bitz/Hellwig, EStR 15. Aufl., § 17 [Stand 1993] Rdn. 29*).

2. Wirtschaftsgüter sind nach § 39 Abs. 1 der Abgabenordnung (AO) dem Eigentümer zuzurechnen. Die steuerrechtliche Zuordnung folgt also grundsätzlich der zivilrechtlichen Zuordnung (*BFH, BStBl II 1993, 331, 332*). Nach § 39 Abs. 2 Nr. 1 AO sind Wirtschaftsgüter aber dem wirtschaftlichen Eigentümer zuzurechnen, wenn wirtschaftliches und rechtliches Eigentum auseinanderfallen. Wirtschaftliche Eigentümer eines Wirtschaftsguts ist, wer die tatsächliche Sachherrschaft über das Wirtschaftsgut in der Weise ausübt, daß er den Eigentümer im Regelfall auf Dauer von der Einwirkung auf das Wirtschaftsgut wirtschaftlich ausschließen kann.

Unter dieser Voraussetzung können auch Rechte, also auch Anteile an Kapitalgesellschaften, Gegenstand des wirtschaftlichen Eigentums in der Weise sein, daß die Anteile nicht dem bürgerlich-rechtlichen, sondern dem wirtschaftlichen Rechtsinhaber zuzurechnen sind. Das ist jedenfalls dann der Fall, wenn aufgrund eines bürgerlich-rechtlichen Rechtsgeschäfts der Käufer eines Anteils bereits eine rechtlich geschützte Position erworben hat, die ihm gegen seinen Willen nicht mehr entzogen werden kann, und auch die mit den Anteilen verbundenen wesentlichen Rechte sowie das Risiko einer Wertminderung und die Chance einer Wertsteigerung auf ihn übergegangen sind (*BFH, BStBl II 1988, 832, 834*).

3. Der Zeuge hat bei seiner zweiten Vernehmung hervorgehoben, **Ziel der (1988 begonnenen und abgeschlossenen) Verhandlungen sei gewesen, die GmbH „sofort“, jedenfalls „möglichst bald“ zu erwerben**. Eine Verschiebung des Geschäfts als Ganzes auf April 1990 (Ablauf der Frist des § 17 Abs. 1 EStG) kam damit nicht ernsthaft in Betracht. Eine Stundung des auf den Kläger entfallenden Teils des Kaufpreises bis April 1990 hätte aus den Gründen zu 1. nichts daran geändert, daß der Veräußerungsgewinn schon vorher entstanden und damit steuerbar geblieben wäre.

Auch die „gegenseitige Option“, die der Zeuge als weitere Möglichkeit genannt hat, hätte zu keinem anderen Ergebnis geführt. Dabei kann dahinstehen, ob eine solche beide Seiten **verpflichtende** Option nicht schon aus den Gründen zu 2. zu einem vorzeitigen Übergang des wirtschaftlichen Eigentums geführt hätte. Jeden-

falls wäre sie mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit – und zu Recht – von der Finanzverwaltung als Mißbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne von § 42 S. 1 AO gewertet und der Kläger nach § 42 S. 2 AO so behandelt worden, als wäre das wirtschaftliche Eigentum an seinen Anteil schon zum 1.1.1989 auf die Erwerberin übergegangen. Die Option hätte, um den Vorstellungen beider Seiten gerecht zu werden, so aussehen müssen, daß

a) die Erwerberin nach Ablauf der 5-Jahres-Frist einen **Anspruch** gegen den Kläger auf Übertragung seines GmbH-Anteils hatte,

b) der Kläger nach Ablauf der Frist **verlangen** konnte, daß die Erwerberin seinen Anteil zu dem 1988 ausgehandelten Preis (100.000 DM) übernahm.

**Mit diesem Inhalt hätte die einseitige Option den Tatbestand des § 42 S. 1 AO erfüllt, weil der Kläger im Zweifel andere Gründe als den die Steuerpflicht nach § 17 Abs. 1 EStG zu umgehen, nicht hätte glaubhaft machen können.**

Sonstige gangbare Wege hat der Kläger nicht aufgezeigt.

## Mittelverwendungskontrolle

- Dritthaftung
- Ausreichende Sicherheiten
- Verjährung, §§ 195 BGB, 68 StBerG  
(OLG Köln, Urt. v. 21.3.1996 – 18 U 100/95)

### Leitsätze (d. Red.):

**1. Der Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle kann Schutzwirkungen zugunsten der Anleger entfalten, wenn z.B. Gelder nur bei gesicherter Realisierung einer Investition freigegeben werden dürfen.**

**2. Stammen die Sicherheiten ausschließlich aus dem Bereich des Betreibers des Objekts, ist eine genügende Sicherstellung des Anlegers nicht gegeben.**

**3. Obliegt dem Mittelverwendungskontrollleur allein die Überwachung der Verwendung der Gelder, nicht aber die Beratung der Anleger auf zivilrechtlichem oder steuerrechtlichem Gebiet, gilt nicht die berufsrechtliche, sondern die allgemeine Verjährungsfrist des § 195 BGB.**

### Tatbestand:

Der Kläger verlangt von der Beklagten als Mittelverwendungskontrollleurin Schadensersatz wegen des Verlustes einer Geldanlage.

Durch Beitrittserklärung vom 11.11.1990 übernahm der Kläger über die W.-AG (im folgenden: W.) mittelbar einen Geschäftsanteil an der J.C.-Fonds-KG (im folgenden: F.) in Höhe von 60.000 DM zuzüglich 5% Agio, insgesamt also 63.000 DM. Bei der W. handelt es sich um die Kommanditistin der F., welche treuhänderisch die Einlagen der einzelnen Anleger verwaltet. Persönlich haftender Gesellschafter der F. ist Herr W., der auch alleiniger Gesellschafter und Vorstand der W. ist. Zweck der F. war gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 10.10.1989 der Erwerb eines Grundstücks in Alsdorf, dessen Bebauung mit einem Geschäftshaus sowie Vermietung und Verwaltung dieses Objekts.

Dem Beitritt des Klägers zur F. lag der Emissionsprospekt der W. zugrunde, in dem auch die Texte des Gesellschaftsvertrages und des mit der W. geschlossenen Treuhandvertrages vom 11./13.11.1989 abgedruckt sind. Sowohl im Prospekt als auch in der Beitrittsurkunde heißt es, daß die W. über das angelegte Geld nur gemäß Treuhandvertrag gemeinsam mit der für die Mittelverwendungskontrolle zuständigen externen Steuerberatungs-GmbH (der Beklagten) verfügen wird. Nr. 6 des Prospekts lautet:

„Eine Steuerberatungsgesellschaft ist damit betraut, die Verwendung der Mittel des Treuhandkontos gemäß § 4 Abs. 2 der Treuhandvertrages zu kontrollieren. Die Mittel werden nur freigegeben, wenn die Realisierung der Investition gesichert ist.“

Die Voraussetzungen, unter denen eine Freigabe der Mittel erfolgen darf, sind in § 4 Abs. 2 des Treuhandvertrages präzisiert. Danach durfte die Freigabe der Einlage erfolgen, wenn

„a. die grundsätzliche Finanzierungszusage über die im Finanzierungsplan der Gesellschaft ausgewiesenen notwendigen Fremdfinanzierungsmittel vorliegt bzw. eine Finanzierungs-garantieerklärung der W. gegeben wird;

b. die Leistung des nach dem Finanzierungsplan der Gesellschaft notwendigen Eigenkapitals durch vorliegende Beitrittserklärungen bzw. durch einen rechtsverbindlich abgeschlossenen Plazierungs-garantievertrag gesichert erscheint;

c. der Gesellschaft verbindliche Vertragsangebote zur Durchführung der im Investitionsplan vorgesehenen Leistungen vorliegen.“

In dem zwischen der F. und der Beklagten abgeschlossenen Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle vom 21.12.1989 sind die Voraussetzungen für eine Freigabe der Einlagen in Abweichung hiervon dahin geregelt, daß diese auch zulässig sind „... bei Stellung von Sicherheiten“ (§ 2 Abs. 2), worunter gemäß § 2 Abs. 4 auch Bürgschaften juristischer oder natürlicher Personen zu verstehen sind.

Der Kläger leistete seine Einlage von insgesamt 63.000 DM (inklusive Agio) durch Überweisung eines Betrages von 24.000 DM am 19.11.1990 (Gutschrift am 23.11.1990) auf das Treuhandkonto der W. und weiterer 39.000 DM am 11.12.1990 (Gutschrift am 13.12.1990) auf ein anderes Geschäftskonto der W. Der auf dem Treuhandkonto eingezahlte Betrag wurde mit anderen Einzahlungen durch von den Herren K. und B. unterzeichnete Überweisungen vom 23.11. und 31.12.1990 auf ein Geschäftskonto der F. weitergeleitet.

Zwischen den Parteien ist streitig, ob zu den vorgenannten Zeitpunkten die vertraglichen Voraussetzungen für eine Freigabe bzw. Weiterleitung der Mittel gegeben waren. Tatsächlich lagen vor: eine Finanzierungs-garantie der W. vom 15.11.1989, eine Plazierungs-garantie der W. vom 15.11.1989, eine Sicherungsvereinbarung zwischen F. und W. vom 21.12.1989 und eine selbstschuldnerische Bürgschaft des Herrn F. hierzu vom 21.12.1989.

Zur Durchführung des Vorhabens kam es nicht. Von dem im Finanzierungsplan vorgesehenen Eigenkapital von 9.350.000 DM wurden bis

Ende 1990 nur 2.880.000 DM gezeichnet. Das vorgesehene Grundstück für das Objekt in A. wurde nicht erworben. Zuvor war bereits ein vorausgegangener Immobilienfonds in S. mit denselben Beteiligten gescheitert. Ein eingeleitetes Konkursverfahren über das Vermögen der W. wurde durch Beschluß des AG Köln vom 15.3.1993 nicht eröffnet. Herr K. hat die Offenbarungsversicherung abgelegt. Die F. ist ebenfalls vermögenslos.

Der Kläger hat die Auffassung vertreten, die Beklagte habe ihre Pflichten der Mittelverwendungskontrolle zum einen dadurch verletzt, daß sie die Anlegergelder ohne Vorliegen der vereinbarten Voraussetzungen und ohne werthaltige Sicherheiten vom Treuhandkonto freigegeben habe, und zum anderen dadurch, daß sie nicht für eine zweckentsprechende Verwendung der Gelder gesorgt habe, diese vielmehr ohne ausreichende Sicherheiten und ohne Rechtsgrund auf ein Geschäftskonto der W. gelangt seien. Herr B., der Geschäftsführer der Beklagten, habe gewußt, daß werthaltige Sicherheiten gefehlt hätten; er habe gemeinsam mit Herrn K. die Gelder der Anleger veruntreut. Zumindest habe er vor den den Anlegern drohenden Gefahren grob fahrlässig die Augen verschlossen.

Der Kläger hat beantragt,

1. die Beklagte zu verurteilen, an den Kläger 63.000 DM zuzüglich 7% Zinsen seit Klagezustellung (24.3.1994) zu zahlen, davon 60.000 DM Zug um Zug gegen Übertragung des Anteils des Klägers an der F. in Höhe von nominell 60.000 DM;

2. festzustellen, daß die Beklagte bezüglich der im Urteilsausspruch zu Ziffer 1. genannten Zugum-Zug-Leistung in Annahmeverzug ist.

Die Beklagte hat beantragt, die Klage abzuweisen.

Sie hat die Auffassung vertreten, sie habe ihre Pflichten als Mittelverwendungskontrolleurin erfüllt. Die wirtschaftliche Situation der W. habe damals keinen Anlaß geboten, an der Werthaltigkeit der von dieser abgegebenen Plazierungs-garantie zu zweifeln. Außerdem habe den Anlegern aufgrund des Prospekts klar sein müssen, daß es sich bei dem Garanten um die W. handeln würde, so daß von einem Einver-

ständnis der Anleger auszugehen sei. Hilfsweise hat die Beklagte sich auf Verjährung berufen.

Durch das angefochtene Urteil hat das Landgericht die Beklagte zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe 24.000 DM nebst Zinsen Zugum-Zug gegen Übertragung eines entsprechenden Anteils des Klägers am Immobilienfonds verurteilt und insoweit Annahmeverzug der Beklagten festgestellt. Dabei hat es in der Freigabe des auf das Treuhandkonto gelangten Betrages von 24.000 DM eine positive Vertragsverletzung der Beklagten angenommen, weil die Ende 1990 vorliegenden Sicherheiten, wie der Geschäftsführer der Beklagten gewußt habe, nicht werthaltig gewesen seien.

Der Schadenersatzanspruch sei nicht nach § 68 Steuerberatungsgesetz (StBerG) verjährt. Wegen des weiteren Betrages von 39.000 DM hat es die Klage abgewiesen mit der Begründung, da dieses Geld nie auf das von der Beklagten geführte Treuhandkonto gelangt sei, komme eine Pflichtverletzung der Beklagten nicht in Betracht.

Mit der Berufung verlangt die Beklagte vollständige Klageabweisung. Unter Wiederholung ihres erstinstanzlichen Vorbringens macht sie geltend, sie habe bei Freigabe der 24.000 DM in Übereinstimmung mit dem Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle gehandelt; die danach erforderlichen Sicherheiten hätten vorgelegen. Der Kläger habe diesen Vertrag auch gekannt; zumindest habe die W. als seine Treuhänderin und Vertreterin entsprechende Kenntnis gehabt.

Sie selbst, die Beklagte, habe die abweichende Formulierung in § 4 Abs. 2 Treuhandvertrag nicht gekannt. Dieser Vertrag sei nicht mit ihr, sondern mit der W. abgeschlossen worden. Im übrigen sei auch schon im Prospekt eine Platzierungsgarantie der W. vorgesehen gewesen. Zweifel an der Werthaltigkeit der W.-Garantien seien ihrem Geschäftsführer, Herrn B. erst gekommen, als dieser Mitte Dezember 1990 die Bilanzen der W. aus den Jahren 1967 und 1988 erhalten habe. Auch vom Scheitern des Immobilienfonds S. habe er zum Zeitpunkt des Beitritts des Klägers noch nichts gewußt.

Zur Frage der Verjährung meint die Beklagte, ein eventueller Schadenersatzanspruch des

Klägers sei spätestens mit Weiterleitung der 24.000 DM vom Treuhandkonto und dadurch eingetretener Beendigung des den Kläger betreffenden Mittelverwendungsvertrages am 23.11.1990 entstanden.

Die Beklagte beantragt, unter teilweiser Abänderung des angefochtenen Urteils die Klage in vollem Umfang abzuweisen.

Der Kläger beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Er verteidigt das angefochtene Urteil und wiederholt und ergänzt dazu seinen erstinstanzlichen Vortrag. Er bestreitet, den Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle gekannt zu haben, und meint, maßgebend für die Pflichten der Beklagten sei der in der Beitrittserklärung angeführte und im Prospekt vollständig abgedruckte Treuhandvertrag. Er behauptet, Ende 1990 sei die W. für die Beklagte erkennbar nicht mehr in der Lage gewesen, eine Platzierungsgarantie von über 6 Mio. DM zu erfüllen, nachdem sie bereits Ende 1988 die Platzierungsgarantie für den S. nicht mehr habe einlösen können. Herr B. der Geschäftsführer der Beklagten, habe dies als „Insider“ gewußt. Aufgrund seiner persönlichen Verbindungen zu der Grundstückseigentümerin und Bauherrin des hier betroffenen R., der Fa. R., habe er auch gewußt, daß es nicht zu einem Ankauf des Grundstücks durch die F. kommen würde. Verjährung sei nicht eingetreten, da die Beklagte sich noch bis Juli 1991 um eine Sicherstellung von Einlagerückzahlungen bemüht habe, der Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle daher jedenfalls bis zum diesem Zeitpunkt noch nicht beendet gewesen sei.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf den Akteninhalt verwiesen.

### **Aus den Gründen:**

Die in formeller Hinsicht bedenkenfreie Berufung ist zulässig, in der Sache selbst jedoch nicht begründet.

#### **I.**

Mit Recht hat das Landgericht die Beklagte zur Zahlung von 24.000 DM Zug um Zug gegen Übertragung eines entsprechenden Anteils des Klägers an der F. verurteilt. Dem Kläger steht ein

entsprechender Schadenersatzanspruch gegen die Beklagte wegen positiver Vertragsverletzung des Vertrages über die Mittelverwendungskontrolle i.V.m. §§ 31, 328 BGB zu.

1. Soweit die Kammer als Anspruchsgrundlage eine positive Forderungsverletzung des Treuhandvertrages angegeben hat, dürfte es sich um ein redaktionelles Versehen handeln, da in den weiteren Entscheidungsgründen letztlich auf eine Verletzung des Vertrages über die Mittelverwendungskontrolle abgestellt wird. Das ist auch richtig; denn der Treuhandvertrag ist nicht mit der Beklagten, sondern mit der W. abgeschlossen worden. Dagegen war die Beklagte Vertragspartnerin des am 21.12.1989 mit der F. abgeschlossenen Vertrages über die **Mittelverwendungskontrolle**.

Insoweit handelt es sich um **einen Geschäftsbesorgungsvertrag zugunsten Dritter im Sinne von §§ 675, 328 BGB**. Durch diesen Vertrag sollten nämlich auch die Anleger einen eigenen unmittelbaren Anspruch auf ordnungsgemäße Mittelverwendungskontrolle erhalten. Dies ist zwar im Vertrag nicht ausdrücklich erklärt. Es ergibt sich jedoch aus Sinn und Zweck der darin getroffenen Regelungen im Zusammenhang mit dem im Emissionsprospekt und in der Beitrittserklärung der Anleger zum Ausdruck gekommenen Gesamtkonzept des Immobilienfonds. Zwar hatte die Beklagte – im Unterschied zu dem vom BGH entschiedenen Fall WM 1986, 904 = NJW-RR 1966, 1156 – nicht generell die treuhänderische Verwaltung der Anlegereinlagen übernommen. Treuhänderin in diesem Sinne war vorliegend vielmehr die W. Dennoch trafen die Beklagte auch nach dem Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle (im folgenden: MVKV) **bestimmte treuhänderische Pflichten gegenüber den Anlegern**.

Die Aufgaben der Beklagten sind in § 2 MVKV näher aufgeführt. Nach dessen Abs. 1 hatte die Beklagte sicherzustellen, daß Zahlungen aus den Einlagen der Gesellschafter an die F. grundsätzlich nur an die KG veranlaßt wurden. Diese Regelung diente einerseits dem Schutz und Interesse der F., andererseits aber auch dem der Anleger an ordnungsgemäßer Verwendung der Gelder. Gemäß Abs. 2 der genannten Vorschrift hatte die Beklagte darüber hinaus sicherzustellen, daß die Einlagen erst

und nur insoweit auf die Geschäftskonten der F. freigegeben wurden als die **Realisierung der Investition gesichert** erschien oder zumindest Sicherheiten gestellt waren. Diese Bestimmung bezweckte ersichtlich allein den **Schutz der Anleger**, nicht aber den der F.; denn für diese konnten sich daraus nur nachteilige Folgen ergeben insoweit, als sie danach möglicherweise erst später oder auch gar nicht über die Einlagen ihrer Gesellschafter verfügen konnte.

**Daß diese Regelung der Mittelverwendungskontrolle einen eigenen Anspruch der Anleger auf ordnungsgemäße Mittelverwendungskontrolle begründen sollte, war auch für die Beklagte ohne weiteres erkennbar.**

Zum einen handelte es sich bei den Anlegern um die faktischen Gesellschafter der F., deren Interesse diese naturgemäß im Auge haben mußte. Zum anderen ergab sich sowohl aus dem Emissionsprospekt als auch aus der Beitrittserklärung der Anleger, daß die F. wie auch die W. als deren Treuhandkommanditistin für eine dem Schutz der Anleger dienende Mittelverwendungskontrolle durch eine externe Prüfungsstelle zu sorgen hatten. Bereits in Ziffer 6 des Prospektes ist ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Steuerberatungsgesellschaft die Verwendung der Mittel kontrolliere und diese nur freigegeben werde, wenn die Realisierung der Investition gesichert sei. Ähnliches ergibt sich aus der Beitrittserklärung, in der die Beklagte namentlich genannt und erklärt ist, daß über die Mittel nur gemäß Treuhandvertrag (im folgenden: TreuhV) verfügt werden dürfe.

Daß ihr Geschäftsführer dieses Gesamtkonzept des Immobilienfonds und ihre eigene Nennung gegenüber den Anlegern als Mittelverwendungskontrolleurin kannte, hat die Beklagte nicht substantiiert bestritten. Aus ihrer Berufungserwidern ergibt sich, daß ihr die genannten Unterlagen sehr wohl vorlagen. Es ist aber kaum vorstellbar, daß ihr Geschäftsführer dann auch nicht hineingesehen hat. Die Beklagte stellt dies auch nicht in Abrede; sie wendet lediglich ein, sie habe die Verträge nicht im einzelnen auf Abweichungen hin geprüft und hatte insbesondere nicht für die Angaben im Prospekt. Darum geht es aber nicht.

Eine **Prospekthaftung** wird vom Kläger – mit Recht – nicht geltend gemacht. Die Beklagte



muß sich aber die Kenntnis ihres Geschäftsführers, daß die F. gegenüber den Anlegern mit einer Mittelverwendungskontrolle durch die Beklagte geworben hatte, zurechnen lassen. Angesichts dessen konnte sie die Regelung in § 2 MVKV nur dahin verstehen, daß sie bei Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben insbesondere auch im Sicherungsinteresse der Anleger zu handeln hatte. **Mit diesem Sicherungszweck wäre es nicht vereinbar, wenn der Ersatzanspruch gegen die Beklagte nicht in der Person der Anleger, sondern desjenigen entstände, zu dessen Gunsten treuwidrig verfügt worden ist** (vgl. BGH, a.a.O.).

2. Dadurch, daß der Geschäftsführer der Beklagten, Herr B., dessen Handeln die Beklagte sich gemäß § 31 BGB zurechnen lassen muß, gemeinschaftlich mit Herrn K. am 23.11.1990 einen Betrag von 20.000 DM und am 31.12.1990 einen weiteren Betrag von 26.460 DM vom Treuhandkonto auf ein Geschäftskonto der F. überwies, hat die Beklagte ihre sich aus dem Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle gegenüber dem Kläger ergebenden Pflichten verletzt.

Dabei bedarf es nicht eines Rückgriffs auf § 4 Abs. 2 TreuH, wie das Landgericht ihn vorgenommen hat. Eine Pflichtverletzung ergibt sich nämlich bereits unmittelbar aus § 2 Abs. 2, 4, 5 MVKV selbst. Nach § 2 Abs. 2 des Vertrages durften Einlagen nur freigegeben werden, „wenn die Realisierung der Investition gesichert erscheint oder bei Stellung von Sicherheiten“. Wann die Realisierung der Investition als gesichert galt, ist in Abs. 5 des Vertrages gleichlautend mit § 4 Abs. 2 TreuH geregelt. Als **ausreichende Sicherheiten** sind in Abs. 4 beispielhaft auch „Bürgschaften juristischer oder natürlicher Personen“ aufgezählt. Bei richtiger Auslegung dieser Bestimmung unter Berücksichtigung von Treu und Glauben (§§ 133, 157 BGB) konnte unter einer solchen Sicherheit aber nicht jedwede Bürgschaft einer juristischen oder natürlichen Person verstanden werden, sondern nur eine solche, die tatsächlich auch eine Sicherheit für die Realisierung der Investition oder aber zumindest für die Rückzahlung geleisteter Einlagen bot.

Daß bezüglich der Fremdfinanzierungsmittel eine Finanzierungsgarantieerklärung der W.

ausreichte, ergibt sich aus §§ 2 Abs. 5 MVKV, 4 Abs. 2 TreuH. Als weitere „Sicherheiten“ lagen hier aber nur vor: in bezug auf das aufzubringende Eigenkapital eine Platzierungsgarantie ebenfalls der W. sowie hinsichtlich bereits geleisteter Einlagen eine Sicherungsvereinbarung zwischen der F. und der W. nebst selbstschuldnerischer Bürgschaft des Herrn K. Ausreichende Sicherheiten im Sinne von §§ 2 Abs. 2, 4 MVKV waren dies nicht.

Soweit die Beklagte darauf hinweist, das die W. bereits in § 10 Abs. 7 des im Prospekt abgedruckten Gesellschaftsvertrages als möglicher Platzierungsgarant benannt ist, kann dies die Freigabe der Mittel vom Treuhandkonto unter den gegebenen Umständen nicht legitimieren. Ein entsprechendes Einverständnis der Anleger kann daraus nicht hergeleitet werden; denn, wie das Landgericht bereits zutreffend ausgeführt hat, ist die W. an der entscheidenden Stelle, nämlich in § 4 Abs. 2 TreuH gerade nicht als möglicher Platzierungsgarantiegeber angegeben.

Berücksichtigt man weiter, daß Ende 1990 auch noch kein verbindliches Vertragsangebot zur Durchführung der im Investitionsplan vorgesehenen Leistungen vorlag – nach den nicht angegriffenen Feststellungen der Staatsanwaltschaft bot die RGP-KG der W. das Objekt erstmals mit Schreiben vom 2.4.1991 zu einem Kaufpreis von über 17 Mio. DM an –, und daß eine mögliche Rückzahlungspflicht der geleisteten Einlagen lediglich durch eine Verpflichtungserklärung der F. die Einlagen an die W. zurückzuzahlen, und eine selbstschuldnerische Bürgschaft des Herrn K. hierfür „sichergestellt“ war, so ergibt sich, daß in Wirklichkeit nicht von Sicherheiten gesprochen werden kann. **Die „Sicherheiten“ stammen ausschließlich von der F. als Betreiberin des Objekts, der W. als deren Treuhandkommanditistin und Herrn K. als persönlich haftendem Gesellschafter der F. und Alleingesellschafter und Vorstand der W., also dem eigentlichen Betreiber dieser Unternehmen.** Damit war aber eine wirkliche Sicherung der Anleger nicht gegeben.

Da nach den Feststellungen der Staatsanwaltschaft Ende 1990 von dem im Finanzierungsplan vorgesehenen Eigenkapital von 9,35 Mio. DM erst 2,88 Mio. DM gezeichnet waren, also

noch 6,47 Mio. fehlten, der vorangegangene Immobilienfonds in S. mit denselben Beteiligten außerdem schon im Jahre 1989 gescheitert war, weil die W. ihre dort abgegebene Platzierungs-garantie nicht einlösen konnte und der Verkäufer daraufhin vom Vertrag zurücktrat, war abzusehen, daß auch die Durchführung des hiesigen Objekts in A. gefährdet war. Wenn die Beklagte bei dieser Sachlage die Anlegergelder freigab, so war dies in hohem Maße pflichtwidrig. Die Erklärung der F., der die Gelder zukommen sollten, diese **bei Nichtzustandekommen zurückzuzahlen, ist keine eigentliche Sicherung**. Entsprechendes gilt auch für die Bürgschaft des Herrn K. als persönlich haftenden Gesellschafters der F. Eine zusätzliche Sicherung der Anleger war damit nicht erreicht. Letztlich hat die Beklagte die Gelder an denjenigen auf dessen bloßes Versprechen hin freigegeben, den sie gerade kontrollieren sollte.

Soweit die Beklagte meint, **sie habe die Gelder schon wegen der von den Anlegern erstrebten Steuervorteile freigeben müssen**, kann dem nicht gefolgt werden. Das **primäre Interesse** des Anlegers geht dahin, seine Anlage nicht zu verlieren; **um steuerliche Vorteile wird es ihm in der Regel nur unter der Voraussetzung gehen, daß das Anlageobjekt auch tatsächlich durchgeführt wird** (BGH, WM 1986, 1320 f = GI 1988, 182; BGHZ 102, 220 = NJW 1988, 1663 = GI 1988, 55).

3. Bei Freigabe der Gelder vom Treuhandkonto ohne Vorliegen ausreichender Sicherheiten hat der Geschäftsführer der Beklagten **grob fahrlässig** gehandelt. Bei den gegebenen Umständen lag auf der Hand, daß das Projekt möglicherweise nicht realisiert werden konnte und die Einlagen der Anleger dann zurückgezahlt werden mußten. Die Höhe der auf dem Treuhandkonto eingegangenen Gelder war dem Geschäftsführer der Beklagten ebenso bekannt wie die Situation des Siegburger Immobilienfonds, dessen Stand er als Mittelverwendungskontrollleur auch dieses Fonds kannte. Daß die für den Fall eines Scheiterns des Projekts vorgesehene Sicherungsvereinbarung zwischen der F. und der W. sowie die Bürgschaft von K. keine ausreichende Bürgschaft bzw. sonstige Sicherheit im Sinne von § 2 Abs. 4 MVKV darstellten, war für B. ebenso unschwer erkennbar.

Für ein Mitverschulden des Klägers ergeben sich keine Anhaltspunkte.

Durch die Überweisung der 24.000 DM vom Treuhandkonto auf das Geschäftskonto der F. hat der Kläger einen entsprechenden Schaden erlitten, da dieses Geld angesichts der Vermögenslosigkeit der F., der W. und des K. unstreitig bisher nicht zurückgezahlt werden konnte. Nach allem hat der Kläger gegen die Beklagte einen Anspruch auf Schadenersatzzahlung in Höhe von 24.000 DM, wobei der Kläger sich Zug um Zug zur Übertragung seines entsprechenden Anteils an der F. erboten hat.

4. Der Schadensersatzanspruch ist auch nicht verjährt. Nach Auffassung des Senats gilt hier die **30jährige Verjährungsfrist aus § 195 BGB**.

a) Soweit § 6 Abs. 3 MVKV bestimmt, daß Ansprüche gegen die Beklagte ein Jahr nach Entstehung des Schadens, spätestens jedoch innerhalb von zwei Jahren nach Beendigung des Vertrages bzw. eines halben Jahres nach Kündigung verjähren, ist diese Regelung einschränkend dahin auszulegen, daß sie nur für Ansprüche der F. als Vertragspartnerin der Beklagten gilt. **Anspruchsberechtigte Dritte, die nicht Vertragspartner sind, haben in der Regel keine Kenntnis vom Schadenseintritt, ja nicht einmal vom Mittelverwendungskontrollvertrag und der darin enthaltenen Regelung, so daß bei Berücksichtigung der Grundsätze von Treu und Glauben (§ 242 BGB) die kurze Verjährungsfrist für Ansprüche Dritter nicht gewollt gewesen sein kann.**

Selbst wenn man darin aber eine umfassende Verjährungsregelung sähe, wäre diese jedenfalls unwirksam. Dabei kann dahinstehen, ob es sich insoweit um eine allgemeine Geschäftsbedingung handelt, die der Inhaltskontrolle des § 9 AGBG unterliefe, wofür immerhin spricht, daß der Geschäftsführer der Beklagten auch in den früheren Immobilienfonds des Herrn K. als Mittelverwendungskontrollleur fungierte. **Die Unwirksamkeit der Verjährungsklausel würde sich zumindest aus § 242 BGB ergeben.** Der Senat folgt dabei dem vom Bundesgerichtshof in der Entscheidung BGHZ 64, 238, entwickelten Rechtsgedanken, daß bei Publikumsgesellschaften, bei denen die Kommanditisten (Anlagegesellschafter) untereinander und zu den

eigentlichen Unternehmensgesellschaftern in keinerlei persönlichen oder sonstigen Beziehungen stehen und, wenn sie beitreten wollen, nur einen Gesellschaftsvertrag unterzeichnen, der fertig vorformuliert ist und auf dessen Inhalt sie keinen Einfluß ausüben können, die Rechtslage ähnlich ist wie bei allgemeinen Geschäftsbedingungen und Formularverträgen.

Ebenso wie dort besteht auch bei Gesellschaftsverträgen der hier vorliegenden besonderen Art zum Schutze der Anlagegesellschafter ein Bedürfnis, dem unter solchen Umständen leicht möglichen Mißbrauch der Vertragsfreiheit mit Hilfe einer an den Maßstäben von Treu und Glauben ausgerichteten Inhaltskontrolle durch die Gerichte zu begegnen. Bei einer solchen Prüfung wäre die Verjährungsregelung des § 6 Abs. 3 MVKV – wenn man sie denn ihrem Inhalt nach auch auf Ansprüche der Anleger als der Drittbegünstigten anwenden will – aus den dargelegten Gründen als unwirksam anzusehen, weil den Anlegern damit vielfach eine Rechtsverfolgung gänzlich unmöglich gemacht würde.

b) Im Gegensatz zur Kammer und dem mit Parallelverfahren befaßten 11. Zivilsenat vertritt der erkennende Senat die Auffassung, daß vorliegend auch nicht die 3-jährige Verjährungsfrist aus **§ 68 StBerG** gilt. **Die Anwendung dieser Vorschrift setzt, wie auch die Beklagte einräumt, einen ausreichenden Zusammenhang mit einer steuerberatenden Tätigkeit voraus** (BGH, WM 1991, 695, 697 = GI 1991, 128; WM 1992, 2092, 2097 = GI 1992, 29). Daran fehlt es hier.

Zwar ist die Beklagte eine Steuerberatungsgesellschaft und als solche in der Beitrittserklärung des Klägers wie auch im Prospekt erwähnt. Die Beklagte verweist auch mit Recht darauf, daß die **Treuhandtätigkeit eines Steuerberaters** bei Durchführung von Bauherrenmodellen und Immobilienfonds regelmäßig im Zusammenhang mit der steuerberatenden Tätigkeit des Treuhänders steht (BGH, a.a.O.; BGHZ 97, 21, 25; für den Fall eines Rechtsanwalts in dieser Funktion BGHZ 120, 157, 159). Hier war die Beklagte aber gerade nicht mit der eigentlichen treuhänderischen Verwaltung der Anlagebeteiligungen betraut worden; vielmehr war dies die W., während die Beklagte ausschließlich als Mittelverwendungskontrollleurin eingesetzt war.

Insoweit liegt der Fall hier anders als in den vorzitierten Entscheidungen, bei denen dem Steuerberater jeweils die gesamte treuhänderische Verwaltung im Zusammenhang mit einem Bauherrenmodell oder einer Immobilienanlage übertragen war. **Für den Fall, daß dem Anspruchsgegner lediglich die Überwachung der Verwendung der Gelder, nicht aber eine Beratung der Anleger auf zivilrechtlichem oder steuerrechtlichem Gebiet übertragen war, hat der BGH – allerdings betreffend einen Rechtsanwalt – ausdrücklich entschieden, daß in diesem Falle nicht die berufsrechtliche kurze, sondern die allgemeine Verjährungsfrist gilt** (BGH, NJW 1995, 1025, 1027). Im Falle eines Steuerberaters, der ausschließlich diese Kontrollfunktion ausübt, kann nichts anderes gelten.

Soweit die Beklagte einwendet, bei Prüfung der Frage, unter welchen Voraussetzungen sie die Gelder freigeben durfte und zur Sicherung steuerlicher Vorteile der Anleger dann auch freigeben mußte, habe sie typische Aufgaben eines Steuerberaters zu erledigen gehabt, vermag der Senat dem nicht zu folgen. Nach dem mit der F. abgeschlossenen Vertrag über die Mittelverwendungskontrolle traf sie ausschließlich die Verpflichtung, die ordnungsgemäße Verwendung der Anlegergelder zu kontrollieren und diese erst freizugeben, wenn die Realisierung der Investition gesichert schien oder Sicherheiten gestellt waren. Ein ausreichender Zusammenhang mit einer steuerberatenden Tätigkeit besteht insoweit nicht. Außer der reinen Mittelverwendungskontrolle oblagen der Beklagten nämlich keinerlei treuhänderische Aufgaben.

Die Frage, wann der Schadensersatzanspruch gegen die Beklagte entstanden ist, bedarf daher vorliegend keiner Entscheidung.

## GI Leitsatz

### Vorlage der Prozeßvollmacht/ Kostentragungspflicht

Wird eine ordnungsgemäße Prozeßvollmacht auf Anforderung des erkennenden Gerichts nicht (rechtzeitig) vorgelegt, ist das Rechtsmittel

auch dann als unzulässig zu verwerfen, wenn für die Nachreichung der Vollmachtsurkunde keine Ausschußfrist gemäß § 62 Abs. 3 Satz 3 FGO gesetzt worden ist.

Hat der Prozeßbevollmächtigte des Rechtsmittelführers als vollmachtloser Vertreter das erfolglose Beschwerdeverfahren veranlaßt, sind ihm die Kosten dieses Verfahrens aufzuerlegen. (BFH, Beschl. v. 13.8.1996 – II B 73/96, BFH/NV 1997, 57)

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1–3, 1997)

<b>Abschlußprüfung</b>		
– und Steuerberatung, § 319 HGB	97, 2	
<b>Adelstitel</b>		
– Vermittlung des –	97, 11	
<b>Auskunftsvertrag</b>		
– Stillschweigender Abschluß		
= Bilanz	97, 39	
= Verhandlungen	97, 39	
<b>Bekanntgabe des Steuerbescheides</b>		
– an Mandanten statt an Bevollmächtigten	97, 54	
<b>Berufungsbegründungsfrist</b>		
– Verlängerungsantrag		
= Erkrankung der Partei	97, 60	
<b>Beweislast</b>		
– Kündigungsgrund	97, 6	
<b>Bußgeld</b>		
– Schaden	97, 32	
<b>Darlegungslast, Regreßanspruch</b>		
– Schaden, Veräußerungsgewinn § 17, 1, 5 EStG	97, 69	
<b>Dritthaftung</b>		
– Stillschweigender Auskunftsvertrag		
= Bilanz	97, 39	
= Verhandlungen	97, 39	
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		
= Bilanzerstellung	97, 39	
= Mittelverwendungskontrolle	97, 71	
= Testatshaftung	97, 39	
<b>Finanzamt</b>		
– Versäumnisse des –	97, 50	
<b>Fortbildungsveranstaltung</b>		
– Werbungskosten	97, 50	
<b>Fristenkontrolle</b>		
– Fristversäumnis, unverschuldetes		
= Krankheit, Ehefrau	97, 2	
<b>Gaststätten-Pachtvertrag</b>	97, 16	
<b>GI Aktuell</b>		
– Häusliches Arbeitszimmer	97, 2	
= im Haus des Ehegatten	97, 54	
<b>GmbH</b>		
– Geschäftsführer		
= Steuerhaftung	97, 2	
<b>Hausverwaltung</b>		
– Honorar	97, 45	
– Nachbesserungsrecht	97, 45	
<b>Honoraranspruch des RA</b>		
– Abtretung des –	97, 6	
<b>Honoraranspruch des StB</b>		
– Abschlagszahlung		
= Verjährungsunterbrechung	97, 29	
– Anerkenntnis des Mandanten	97, 45	
– Fälligkeit, § 7 StBGebV		
= ohne Rechnung?	97, 29	
– Hausverwaltung	97, 45	
– Hinweis auf Formvorschriften	97, 23	
– Honorarvereinbarung, unwirksame	97, 23	
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	97, 23	
= nichtige –, Vergütungsanspruch	97, 23	
– Praxistreuhand	97, 51	
– Verjährung des –		
= Abschlagszahlung, Verjährungsunterbrechung	97, 29	
= Verzicht auf –	97, 45	
– Verjährungsbeginn		
= mit Fälligkeit	97, 29	
– Verjährungsunterbrechung		
= Abschlagszahlung	97, 29	
<b>Information an Vorberater</b>		
– Klagefrist	97, 3	
<b>Kausalität</b>		
– zwischen Pflichtwilligkeit und Schaden		
– Unterbrechung der Kausalität		
= Handlung des Geschädigten	97, 62	
= Familiäre Rücksichtnahme	97, 57	
= Beratungskonformes Verhalten	97, 57	
= Ungesicherte Vorleistung	97, 57	
<b>Konkursverwalter</b>		
– Neugeschäft		
= Masseschuld, § 60 Abs. 1 Nr. 1 KO?	97, 46	
= Umsatzsteuer, § 58 Nr. 2 KO	97, 46	
– Steuerhaftung	97, 46	
<b>Kündigung des Mandats</b>		
– fristlose –, § 627 BGB	97, 6	
<b>Mandantengelder</b>		
– Herausgabeanpruch	97, 11	
– Nichtiger Mandatsvertrag	97, 11	
<b>Mandantenpflichten</b>		
– Informationen an RA	97, 16	
<b>Mandatsübernahme</b>		
– Belehrungspflicht		
= des Altberaters	97, 55	
– Klagefrist	97, 3	
– Nachfrage beim Vorberater?	97, 3	
<b>Mittelverwendungskontrolle</b>		
– Dritthaftung	97, 71	
– Sicherstellung des Anlegers	97, 71	
– Verjährung, berufsrechtliche?	97, 71	
<b>Mitverschulden</b>		
– Informationen an RA	97, 16	
– Informationen an StB	97, 32	
<b>Nachbesserung</b>		
– Mängel in der Hausabrechnung	97, 45	
<b>Nachforderungszinsen, § 233 a AO</b>		
– Verstoß gegen Treu und Glauben	97, 50	
<b>Nachvertragliche Pflichten</b>		
– Belehrungspflicht über Gestaltungsrechte	97, 55	
<b>Notar</b>		
– Vorleistungen, ungesicherte	97, 57	
– Ersatzmöglichkeit, anderweitige (Subsidiarität)		
= Erlöserwartung, ungewisse	97, 57	
= Konkursquote	97, 57	
<b>Praxistreuhand</b>		
– Honorarforderung	97, 51	

<b>Prozeßauftrag</b>			
- Fehler des Gerichts	97, 62	BGH v. 25.4.1996 - I ZR 106/94 = AnwBl 1996, 471	97, 2
<b>Prozeßvollmacht</b>			
- Ausschußfrist zur Vorlage	97, 77	BGH v. 20.6.1996 - IX ZR 106/95 = NJW 1996, 2929 = WM 1996, 1832 = AnwBl 1996, 637	97, 16
<b>Rechtsanwalt</b>			
- Sachverhaltsermittlung	97, 16	BGH v. 2.7.1996 - IX ZR 299/95 = NJW 1996, 3009 = WM 1996, 2071 = DB 1996, 1868	97, 57
- Schutzbereich der Anwaltspflicht = Gerichtsfehler		BGH v. 4.7.1996 - VII ZB 14/96 = NJW 1996, 3155 = VersR 1997, 132 = BB 1996, 2168	97, 60
<b>Sachverhaltsermittlung</b>			
- durch RA	97, 16	BGH v. 10.10.1996 - III ZR 205/95 = NJW 1997, 47 = DB 1997, 89 = ZIP 1996, 2113	97, 11
<b>Schaden</b>			
- Bußgeld	97, 32	BGH v. 10.10.1996 - IX ZR 294/95 = NJW 1997, 250 = WM 1997, 72	97, 62
- Privatgutachten	97, 62	BGH v. 17.10.1996 - IX ZR 37/96 = NJW 1997, 188 = WM 1996, 2244 = DSIR 1997, 39	97, 6
<b>Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB</b>			
- Erwerb eines Adelstitels	97, 11	BGH v. 24.10.1996 - IX ZR 4/96 = NJW 1997, 254 = WM 1997, 77 = BB 1997, 16 = DB 1997, 224	97, 55
<b>Steuerberater</b>			
- Aufsichtsrat	97, 50	BGH v. 14.11.1996 - IX ZR 215/95 = NJW 1997, 518 = WM 1997, 328	97, 32
- Gewerbliche Tätigkeit	97, 50	BGH v. 21.11.1996 - IX ZR 159/95 = NJW 1997, 516 = WM 1997, 330 = Wpg 1997, 98	97, 29
- Vertretung des Gesellschafters	97, 50		
- Gewerbebetrieb des Steuerberaters	97, 50		
<b>Steuerhaftung</b>			
- GmbH-Geschäftsführer = Strohmänn	97, 2		
<b>Testat</b>			
- Verantwortungsbereich	97, 39	OLG Celle v. 5.6.1996 - 13 U 263/95, n. rkr. = DSIR 1996, 1223	97, 51
<b>Treuhänder</b>			
- Nichtiger Mandatsvertrag	97, 11	OLG Düsseldorf v. 12.1.1995 - 13 U 90/93 OLG Düsseldorf v. 8.2.1995 - 15 U 215/93 OLG Düsseldorf v. 8.2.1996 - 13 U 38/95 OLG Düsseldorf v. 14.3.1996 - 13 U 3/95 OLG Hamm v. 30.5.1995 - 28 U 26/95 OLG Hamm v. 22.9.1995 - 20 U 38/95 = AnwBl 1996, 237 OLG Köln v. 21.3.1996 - 18 U 100/95	97, 45 97, 39 97, 23 97, 69 97, 25 97, 36 97, 71
<b>Verjährung § 12 VVG</b>			
- Beginn	97, 25		
- Haftpflichtversicherung	97, 25		
- Rechtsschutz und Zahlungsanspruch	97, 25		
<b>Verjährung (§ 51 b BRAO n. F., § 51 BRAO a. F.)</b>			
- Arglistenwand	97, 16		
- Verjährungsbeginn = Schadenentstehung = Schadenentstehung und Mandatsende = Vertragsberatung - Verjährungshemmung	97, 16 97, 16 97, 16	LG Berlin v. 16.7.1996 - 36 O 789/95, n. rkr. LG Darmstadt v. 16.3.1996 - 2 O 520/95 = DSIR 1996, 1584 LG Düsseldorf v. 17.8.1995 - 45 StL 8/95, rkr. = DSIR 1996, 847	97, 2 97, 51 97, 50
<b>Verjährung, § 195 BGB</b>			
- Mittelverwendungskontrolle	97, 71		
<b>Verschwiegenheit</b>			
- Honorarabtretung	97, 6		
<b>Versicherungsschutz</b>			
- Wissenliche Pflichtverletzung = Notaranderkonto, ungeprüfte Auszahlung = Risikoausschluß - Sozietäts-Deckung = Risikoausschluß eines Sozios	97, 36 97, 36 97, 36	BFH v. 7.12.1995 - III R 12/91 = BFH/NV 1996, 680 BFH v. 13.2.1996 - VII B 245/95 = BFH/NV 1996, 657 BFH v. 21.3.1996 - X R 100/95 = BFH/NV 1996, 694 BFH v. 26.3.1996 - IX R 62/93 = BFH/NV 1996, 797 BFH v. 22.4.1996 - XI B 2/96 = BFH/NV 1996, 727 BFH v. 29.5.1996 - 1 R 42/95 = BFH/NV 1997, 1 BFH v. 13.8.1996 - II B 73/96 = BFH/NV 1997, 57	97, 3 97, 2 97, 2 97, 50 97, 50 97, 54 97, 78
<b>Vorberater</b>			
- Mandatsübernahme	97, 3		
<b>Vorteilsausgleichung</b>			
- Privatgutachten, überflüssiges	97, 62		
<b>Werbeverbot</b>			
- Bürogemeinschaft RA, StB	97, 50		
- Internationale Sozietät	97, 2		
- Messestand	97, 51		
- Praxisbroschüre	97, 51		
<b>Wiedereinsetzung</b>			
- Berufungsbegründungsfrist (s. dort)			
- Fristenkontrolle (s. dort) = Fristversäumnis, unverschuldetes - Erkrankung der Ehefrau	97, 2	FG Berlin v. 23.6.1995 - III 283/92 Revision eingelegt - AZ beim BFH: IV R 36/96 FG Münster v. 29.11.1994 - 15 K 3383/89 U	97, 50 97, 46
<b>Zugang</b>			
- Zugangsvermutung, § 122 AO = Berechnung der Drei-Tages-Frist = Zweifel am Zugang	97, 51	AG Potsdam v. 15.2.1996 - 22 C 487/95, rkr. = DSIR 1996, 1063	97, 50

## Vorschau auf 4/97

*Steuerberaterhaftung, unterlassener Immobilienerwerb (OLG Celle); Steuerberaterhaftung, Dritthaftung, AGB, Mitverschulden (BGH); Notarhaftung, Anderkonto, Treuhandauftrag (LG Saarbrücken); Versicherungsschutz, Treuhanddeckung, wissentliche Pflichtverletzung (LG Düsseldorf); Leichtfertige Steuerverkürzung durch Steuerberater? (OLG Braunschweig)*

**Dieser Ausgabe liegt ein Informationsdienst  
zur betrieblichen Altersversorgung bei – mit aktuellen Nachrichten  
aus Rechtsprechung, Finanzverwaltung und Statistik.**



### **GI-Spezial Steuerberaterhonorar 1980 – 1996 auf CD-ROM**

Die Rechtsprechung zum Steuerberaterhonorar ist seit 15 Jahren ein Schwerpunktthema in der Fachzeitschrift GI. Eine Vielzahl auch nicht veröffentlichter Urteile zu den Alltagsfragen des Gebührenrechts sind in diesem Spezial zusammengefaßt.

Weitere Informationen und ein Bestellformular finden Sie in der GI-Beilage dieser Ausgabe oder können über die GI-Service-Fax-Hotline (02 21) 144-51 55 angefordert werden.

## **IMPRESSUM**

**GI – Gerling Informationen für wirtschaftsprüfende,  
rechts- und steuerberatende Berufe**

**ISSN 1430 – 550 X**

### **Herausgeber:**

Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG  
Abteilung Presse und Information  
50597 Köln  
Telefon: (02 21) 144-72 98  
Telefax: (02 21) 144-51 27

### **Verantwortlich für den Inhalt:**

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt –  
Fachanwalt für Steuerrecht

### **Erscheinungsweise:**

12 mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

### **Layout und Satz:**

Type Connection, Köln

### **Druck:**

Pilgram Druck GmbH, Rösrath

### **Bezugsmöglichkeiten:**

Nur im Jahresabonnement.  
Preis: DM 96,- jährlich inklusive Mehrwertsteuer  
und Versandkosten.  
Die Postgebühren sind jeweils eingeschlossen.  
Bestellungen nimmt der Herausgeber entgegen.

### **Nachdruck:**

Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung.